

Abschlussserklärung des SOZ-Gipfels in Tianjin

Kurs in Richtung multipolare Welt und verstärkte Integration

km. Vom 31. August bis zum 1. September 2025 tagte der 25. Gipfel der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) im chinesischen Tianjin.

Die SOZ wurde 2001 gegründet. Zur SOZ und deren Umfeld gehören heute die 10 Mitgliedsstaaten (Belarus, China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisien, Pakistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan), 17 SOZ-Partner (Afghanistan, Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Kambodscha, Katar, Kuwait, Laos, Malediven, Mongolei, Myanmar, Nepal, Saudi-Arabien, Sri Lanka, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate) sowie regelmässige Teilnehmer eurasischer multinationaler Organisationen. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen besuchte den diesjährigen Gipfel.

Als Ergebnis des Treffens wurden 24 Dokumente verabschiedet, darunter die Erklärung von Tianjin, die Entwicklungsstrategie der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) bis 2035, die Erklärung des Rates der Staatschefs der SOZ zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der Vereinten Nationen sowie eine Reihe thematischer Erklärungen.

Im Anschluss an den Rat der Staatschefs fand ein «SOZ Plus»-Treffen zum Thema «Multilateralismus in die Tat umsetzen, regionale Sicherheit gewährleisten und nachhaltige Entwicklung fördern» statt. An dieser Veranstaltung nahmen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, der SOZ-Partner Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha, Malediven, Mongolei, Myanmar, Nepal und Türkei, der Gastländer Indonesien, Laos, Malaysia, Turkmenistan und Vietnam sowie die Leiter der Exekutivorgane der Uno, der SOZ, der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten), des Asean (Verband Südost-asiatischer Nationen), der OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit), der EAWU (Eurasische Wirtschaftsunion) und der AIIB (Asiatische Infrastrukturinvestmentbank) teil.

Der folgende Text ist eine Zusammenfassung der umfangreichen Schlussserklärung durch die pakistanische Internetseite newscentralasia.net. Den vollständigen Text der Schlussserklärung in englischer Sprache findet man zum Beispiel auf der Internetseite des russischen Präsidenten unter: <http://en.kremlin.ru/supplement/6376>.

Die Erklärung von Tianjin der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) vom 1. September 2025 ist ein umfassendes Dokument, das die Positionen und Ziele der Mitgliedsstaaten widerspiegelt.

Die Erklärung besteht aus fünf Abschnitten und behandelt ein breites Spektrum von Themen, von globaler Sicherheit und Terrorismusbekämpfung bis hin zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Infrastrukturentwicklung und kulturell-humanitären Beziehungen.

Sie betont das Streben nach einer multipolaren Weltordnung auf der Grundlage des Völkerrechts und der zentralen Rolle der Vereinten Nationen, äussert Besorgnis über aktuelle internationale Konflikte und fordert deren friedliche Lösung.

Das Dokument enthält auch wichtige Entscheidungen zur Entwicklung der Organisation selbst, darunter die Entwicklungsstrategie der SOZ bis 2035 und die Schaffung neuer Strukturen wie der SOZ-Entwicklungsbank.

Gemäss der Erklärung von Tianjin haben die Mitgliedsstaaten der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beschlossen, den Status «Beobachter» und «Dialog-



Gruppenbild vom Gipfel der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit SOZ vom 31. August bis 1. September 2025 im chinesischen Tianjin. (Bild Wikipedia)

partner» zu einem einzigen Status «SOZ-Partner» zusammenzufassen.

Darüber hinaus nahmen die Mitgliedsstaaten mit Befriedigung die Entscheidung zur Kenntnis, der Demokratischen Volksrepublik Laos den Status eines SOZ-Partners zu gewähren.

Insgesamt verdeutlicht die Erklärung die gemeinsame Vision der SOZ-Länder zu wichtigen globalen und regionalen Fragen und ihre Absicht, die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu vertiefen.

Hier sind die wichtigsten Punkte der Erklärung von Tianjin:

I. Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit

- Anerkennung tiefgreifender historischer Veränderungen und des Strebens nach einer gerechteren, gleichberechtigteren und repräsentativeren multipolaren Weltordnung.
- Verpflichtung zur Schaffung einer repräsentativeren, demokratischeren, gerechteren und multipolaren Weltordnung auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts und der zentralen koordinierenden Rolle der Vereinten Nationen.
- Die Notwendigkeit, die Vereinten Nationen durch Reformen an die modernen Gegebenheiten anzupassen, um die Vertretung der Entwicklungsländer sicherzustellen.
- Bekenntnis zum «Geist von Shanghai», der gegenseitiges Vertrauen, gegenseitigen Nutzen, Gleichheit, Konsultationen, Achtung der kulturellen Vielfalt und das Streben nach gemeinsamer Entwicklung umfasst.
- Ablehnung von Block- und Konfrontationsansätzen bei der Lösung internationaler und regionaler Probleme und die Vision einer Interaktion innerhalb der SOZ als Grundlage für eine Architektur der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Eurasien.
- Zentralasien als Kern der SOZ und Unterstützung der Bemühungen der zentralasiatischen Staaten um Frieden und Stabilität.
- Verabschiedung der Entwicklungsstrategie der SOZ bis 2035, in der vorrangige Aufgaben für die Vertiefung der Zusammenarbeit festgelegt sind.

II. Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen

- Entschlossenheit, den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus sowie gegen den illegalen Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität fortzusetzen.
- Verurteilung des Terrorismus in all seinen Formen und der Unzulässigkeit von «Doppelmoral» bei seiner Bekämpfung. Aufruf

zur Verabschiedung eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus.

- Einrichtung eines universellen Zentrums zur Bekämpfung von Herausforderungen und Bedrohungen für die Sicherheit und eines Anti-Drogen-Zentrums der SOZ.
- Bekräftigung des Engagements für die Etablierung Afghanistans als unabhängiger, neutraler und friedlicher Staat, frei von Terrorismus, Krieg und Drogen, und Betonung der Notwendigkeit, eine inklusive Regierung zu bilden.
- Negative Auswirkungen der einseitigen Ausweitung globaler Raketenabwehrsysteme auf die internationale Sicherheit.
- Aufruf, den Weltraum frei von Waffen zu halten, und Notwendigkeit, ein rechtsverbindliches Dokument zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum abzuschliessen.
- Protest gegen die Militarisierung des Bereichs der Informations- und Kommunikationstechnologien und die Schaffung von Bedrohungen für kritische Informationsinfrastrukturen.
- Schlüsselrolle der Vereinten Nationen bei der Bekämpfung von Bedrohungen im Informationsbereich und Aufruf zur Unterzeichnung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Cyberkriminalität.

III. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

- Unterstützung für Chinas Initiative «One Belt, One Road» (OBOR) und Bemühungen, diese mit der Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion in Einklang zu bringen.
- Initiative zur Schaffung einer Partnerschaft im Grossraum Eurasien und Bereitschaft zum Dialog mit anderen regionalen Zusammenschlüssen.
- Ablehnung einseitiger wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen, die im Widerspruch zur UN-Charta und den WTO-Regeln stehen.
- Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich E-Commerce, digitale Handelsinfrastruktur und Überwindung der digitalen Kluft.
- Unterstützung von Innovationen und Kreativwirtschaft, Aktivierung des SOZ-Pools von Technologieparks und Innovationsclustern.
- Reform der internationalen Finanzarchitektur zur Stärkung der Rolle der Entwicklungsländer.
- Erhöhung des Anteils nationaler Währungen bei gegenseitigen Abrechnungen und Beschluss zur Gründung der SOZ-Entwicklungsbank.

- Ausbau der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in der Industrie und Verabschiedung einer Erklärung zur Zusammenarbeit in der «grünen» Industrie.
- Ausbau der Zusammenarbeit im Energiebereich, einschliesslich Energiesicherheit, Schutz der Infrastruktur und gerechter Energieverwendung. Verabschiedung des Fahrplans für die Umsetzung der Strategie zur Entwicklung der Energiezusammenarbeit der SOZ bis 2030.
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Verkehrssektor, Schaffung neuer und Modernisierung bestehender internationaler Verkehrswege, wie z.B. «Nord-Süd» und «Ost-West».
- Stärkung der Zusammenarbeit im Zollbereich, einschliesslich Digitalisierung und «Single Window»-Mechanismen.
- Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit.

IV. Humanitäre Zusammenarbeit

- Vertiefung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich, einschliesslich der Aktivitäten der SOZ-Universität und der Entwicklung digitaler Kompetenzen.
- Stärkung der wissenschaftlich-technischen und innovativen Zusammenarbeit, Anerkennung der gleichen Rechte aller Länder zur Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz.
- Anerkennung von Qingdao (2024–2025) und Cholpon-Ata (2025–2026) als Tourismus- und Kulturhauptstädte der SOZ.
- Entwicklung eines globalen Dialogs zwischen den Zivilisationen, Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Erhaltung des kulturellen Erbes.
- Streben nach Schaffung eines gerechten, effektiven und nachhaltigen öffentlichen Gesundheitssystems, Aufbau von Kapazitäten in der Notfallmedizin, Telemedizin und traditionellen Medizin.
- Vertiefung der Zusammenarbeit im Sportbereich.
- Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, Bekämpfung der Wüstenbildung und Erhaltung der biologischen Vielfalt.
- Unterstützung des Regionalen Klimagipfels in Kasachstan im Jahr 2026 mit Unterstützung der Vereinten Nationen.
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen, Schaffung von Bedingungen für die sichere Entwicklung der jüngeren Generation.
- Engagement für die Gewährleistung der Rechte von Frauen und Kindern, Stärkung der Kontakte zwischen Frauenverbänden.
- Stärkung der interregionalen Kontakte und Vertiefung der traditionellen Freundschaft durch Volksdiplomatie.

V. Entwicklung und Erweiterung der SOZ

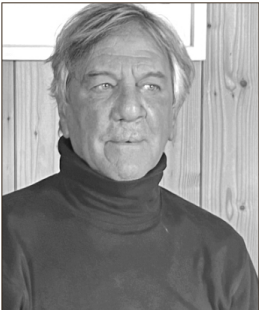
- Beschluss, den Status «Beobachter» und «Dialogpartner» zu einem einzigen Status «SOZ-Partner» zusammenzufassen.
- Verleihung des Status eines SOZ-Partners an die Demokratische Volksrepublik Laos.
- Übergabe des SOZ-Vorsitzes an die Kirgisische Republik unter dem Motto «25 Jahre SOZ: Gemeinsam für nachhaltigen Frieden, Entwicklung und Wohlstand».

Quelle: <https://www.newscentralasia.net/2025/09/01/tianjin-declaration-sco-affirms-course-toward-multipolar-world-and-strengthening-integration/> vom 1.9.2025 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Deutschland in der Krise, Teil 3

Eine Kultur der Unterwerfung

von Patrick Lawrence*



Patrick Lawrence
(Bild ef)

Es war ein verstörender Moment, als *Olaf Scholz* bei einer Pressekonzferenz am 7. Februar 2022¹ nach dem Abschluss vertraulicher Gespräche im Oval Office neben Präsident *Joe Biden* stand. Der damalige US-Präsident erklärte, dass es «keine Nord Stream II mehr geben wird», sollten russische Truppen in ukrainisches Gebiet einmarschieren – wovon er zu diesem Zeitpunkt überzeugt war. Biden weiter: «Wir werden es zu einem Ende bringen.»

Man muss sich einen Moment Zeit nehmen, um sich die Videoaufzeichnung dieses Ereignisses anzusehen. Was strahlen diese beiden Männer aus? Betrachten wir ihr Verhalten, ihre Gesten, ihre Mimik, was jeder gesagt und ungesagt gelassen hat, und lesen wir hinein, was wir können. Ich lese eine 77-jährige Geschichte.

In Biden sehen wir einen Mann, der ruhig und sachlich seine Absicht bekundet, die teuren Industrieanlagen eines Landes zu zerstören, das der Mann neben ihm repräsentiert. Wir bemerken seine vollkommene Gelassenheit, seine abweisende Handbewegung, mit der er seine Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen und sogar der Souveränität eines engen Verbündeten offen zur Schau stellt.

Diese erstaunliche Grobheit Bidens, mit der er neben Scholz steht, hatte ich bis vor kurzem seiner ganzen, von Ungeschicklichkeiten geprägten politischen Karriere zugeschrieben. Aber wenn ich jetzt über diesen Moment nachdenke und alles vor ihm betrachte, gibt es eine andere Möglichkeit, ihn zu beurteilen: Nach Jahrzehnten der übermächtigen Dominanz innerhalb des Atlantischen Bündnisses sah Biden keine Notwendigkeit mehr, die hegemoniale Stellung Amerikas zu verschleiern. In der Aufzeichnung ist das Gesicht eines Mannes zu sehen, der boshaften Stolz auf diese Ausübung roher Macht zu empfinden scheint.

Joe Biden und Olaf Scholz

Scholz seinerseits stand gemäss Protokoll an einem separaten Rednerpult und sagte zu Bidens Auslassung nichts. Sein Verhalten deutet darauf hin, dass er weder überrascht noch verärgert war. Er wirkt vielmehr resigniert, besorgt, leicht bedauernd, leicht unterwürfig. In seinem Gesicht lesen wir die Besorgnis eines Soldaten, der gerade den unheilvollen Schlachtplan seines kommandierenden Offiziers akzeptiert hat. Ich vermute, dass er sich auch fragte, was um alles in der Welt er seinem Kabinett und den Deutschen bei seiner Rückkehr nach Berlin sagen sollte.

Um diesen bedeutungsschweren Moment, der in den Annalen der transatlantischen Diplomatie als nahezu einzigartig gelten kann, am besten zu verstehen, muss man einen Blick zurück und dann nach vorne werfen.

Wie konnte es dazu kommen? Nach einigen Tagen der Recherche in Berlin, in einer Stadt, die lange Zeit durch den Eisernen Vorhang geteilt war, und nach weiteren Aufenthalten in anderen Teilen Deutschlands entstand für mich der Eindruck, dass die Politik des Kalten Krieges und der Nachkriegszeit allein keine Antwort auf diese Frage geben kann. In meinen Jahrzehnten als Korrespondent habe ich gelernt, dass man Psychologie und Kultur heranziehen muss, um die Politik und Geschichte, die in gewisser Weise Ausdruck der ersteren sind, vollständig zu verstehen.

Deutschland nach 1945

Die Pläne der Alliierten für die Nationen, die sie 1945 niedergerungen hatten und die in kurzer Zeit zu den Plänen Amerikas wurden,

* Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein vorletztes Buch ist «Time No Longer: Americans After the American Century», Yale 2013. 2023 ist sein neues Buch «Journalists and Their Shadows» bei Clarity Press erschienen. Im März 2025 erschien sein Buch in deutscher Übersetzung (s. Abb.). Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über patreon.com/thefloutist.

waren äusserst ehrgeizig. Auf der *Konferenz von Potsdam*, wenige Monate nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, teilten *Churchill*, *Truman* und *Stalin* Deutschland in vier Besatzungszonen auf: Grossbritannien, Frankreich, die USA und die Sowjetunion sollten jeweils eine Zone verwalten. Berlin lag in der sowjetischen Zone, wurde aber ebenfalls geteilt. Millionen deutscher Siedler mussten aus den von den Nazis eroberten Gebieten repatriert werden – ein chaotisches Unterfangen, das von selten erwähnten Leiden geprägt war. Sofort begann ein Entnazifizierungsprogramm, und das deutsche Militär sollte aufgelöst werden. Gleichwohl waren beide Ziele, gelinde gesagt, kompliziert, da die Kriegsallianz mit Moskau zunehmend dem Kalten Krieg wich.

Aber gerade in der Frage der Herzen und Köpfe der Deutschen kippte die Neugestaltung des Reiches zu einem anderen Land von Ambition in Hybris. Es handelte sich um eine psychologische Operation, deren Ausmass und Tragweite seitdem wohl nie wieder erreicht wurden. Nur die Japaner nach 1945 haben etwas Ähnliches durchgemacht. Dieses Projekt wurde zunächst von den Anhängern des *New Deal* unter *Roosevelt* konzipiert und umgesetzt. Es dauerte ein oder zwei Jahre, bis der Kalte Krieg die hohen Ideale in den rigiden Antikommunismus der späten 1940er und frühen 1950er Jahre verwandelte. Die Japaner bezeichnen dies, nicht ohne eine gewisse Bitterkeit, als «Umkehrkurs».

«Demokratisierung»?

In Deutschland gab es diese Kehrtwende der Nachkriegszeit ebenfalls. Das Projekt war auf beiden Seiten des Atlantiks dasselbe. Es ging nicht darum, authentische Experimente mit einer Demokratie von unten zu fördern, wie orthodoxe Historiker diese Zeit darstellen. Es ging darum, Deutschland und Japan als verlässliche Verbündete im Kalten Krieg zu rekrutieren. Die Demokratisierung wurde zum blossen Prätext, da Demokratie per definitionem weder von einem Land exportiert noch von einem anderen importiert werden kann.

Anders ausgedrückt: Insofern Deutschland und Japan sich in den Nachkriegsjahrzehnten zu Demokratien entwickelten, geschah dies weniger auf Grund des Einflusses der USA als vielmehr trotz dieses Einflusses.

In der US-Zone übernahmen Verwaltungsbeamte in Uniform und Zivil die Kontrolle über alle Formen der Information. Alle Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender wurden geschlossen. Amerikanische Journalisten (von denen einige später eine glänzende Karriere machten) wurden damit beauftragt, die deutschen Medien neu zu erfinden, um sie an die neue Demokratie anzupassen. Die Propagandaprogramme, die diese Neugestaltung der Massenmedien begleiteten und mit der Zeit stark von antisowjetischen Botschaften geprägt waren, waren immens und reichten von Umerziehungsprojekten und Radio-Talkshows bis hin zu massenhaft verteilten Flugblättern. Die Literatur über diese Zeit vermittelt den Eindruck eines Vorhabens, das kein gesprochenes oder geschriebenes Wort und kein Bild der offiziellen Kontrolle entzog.

«Highway patrol» und Kalter Krieg

Eine der unvergesslichen Fernsehsendungen meiner frühen Kindheit war die Serie «Highway Patrol». Die wöchentlichen Episoden und ihr Star hatten etwas Charismatisches. *Broderick Crawford* spielte den dickbäckigen, schroffen, schlampig gekleideten Polizeichef einer namenlosen kalifornischen Stadt. Er stürmte an Tatorte heran, riss unter Sirenen und Staubwolken die Tür seines Streifenwagens auf und bellte Befehle in sein Handfunkgerät – wobei er seinen Beamten mit dem unvergesslichen «10–4» antwortete.

«Highway Patrol» lief von 1955 bis 1959 mit 156 Folgen. Oberflächlich betrachtet war die Serie eine Verherrlichung der offiziellen Autorität. Es ging um die Notwendigkeit, die Ordnung inmitten ständiger Bedrohungen aufrechtzuerhalten. Aber in Text und Subtext handelte «Highway Patrol» vom Amerika der Nachkriegszeit; jede Folge war eine Wiederholung dessen, was es in diesen Jahren bedeutete, Amerikaner zu sein. Der Kalte Krieg wurde nie erwähnt, aber er schien in jeder

einzelnen Folge präsent zu sein. Zu den wiederkehrenden Themen der Serie gehörten die allgegenwärtige Angst und die Notwendigkeit der Loyalität.

«Highway Patrol» wurde von einer ambitionierten Produktionsfirma namens *Ziv Television Programs* entwickelt. Die Produktionen von *Frederick Ziv*, Gründer und Geschäftsführer, waren implizit und gelegentlich auch explizit von einer antikommunistischen Stimmung geprägt, ähnlich wie «Highway Patrol». Nachdem Ziv 1955 Broderick Crawford unter Vertrag genommen hatte, war «Highway Patrol» die erste amerikanische Serie, die im neuen deutschen Privatfernsehen ausgestrahlt wurde.

Wie seltsam erscheint es heute, dass deutsche Familien, die ein Jahrzehnt nach ihrer schrecklichen Niederlage in einem weltgeschichtlichen Krieg vor ihren Fernsehern sassen, dieselbe Polizei- und Gangsterserie sehen konnten, die einen kleinen Jungen in einem grünen Vorort von New York vor dem Bildschirm faszinierte.

«Soft power» oder die Sprache des Siegers

«Highway Patrol» ist ein kleines Beispiel für eine weitere Dimension des Nachkriegsprojekts in Deutschland: Es war ein früher Fall dessen, was wir heute als «soft power» bezeichnen. Die Bedeutung dieses amerikanischen Einflusses in der Nachkriegszeit in Deutschland und seine Folgen bis heute können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Während die Besatzungsbehörden durch Informations- und Propagandaoperationen kontrollierten, was die Deutschen dachten, bestimmten importierte amerikanische Kulturprodukte – Filme, Musik, Essen, soziale Sitten und Gebräuche usw. – ihr Denken: wie sie über die Welt und über sich selbst dachten.

Die Macht der «soft power» war zu dieser Zeit in Japan offensichtlicher, weil die Besatzung auf eine Konfrontation zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen hinauslief. Von den Amerikanern lernten die Japaner Billard, Gesellschaftstanz, Big-Band-Jazz, *Walt-Disney*-Filme, wie man Martinis mixt und wie man sich mit der Nonchalance der Amerikaner gibt. In Deutschland war es genauso, nur weniger abrupt. Die Nachkriegsdeutschen entdeckten Blue Jeans, Hamburger, *Bill Haley and His Comets*, *John Wayne*, wie man Coca-Cola trinkt und wer weiss, was noch alles.

Wenn man das Wesentliche des Nachkriegsprojekts in Deutschland zusammenfassen wollte, würde ich sagen, dass sein bleibendes Ergebnis ein neu geformtes Bewusstsein ist. Ein deutschsprachiger Schweizer Freund drückte es neulich so aus: «Die Deutschen haben mehr als alle anderen Europäer und vor allen anderen gelernt, die Sprache des Siegers zu sprechen.» Das bringt mich zu einem fatalen Irrtum, der einer kurzen Erklärung bedarf.

Der grosse Fehler:

«Modernisierung» hiess, westlich werden

Um einen Schritt zurückzugehen: Zu den vorherrschenden Dogmen der Jahrzehnte des Kalten Krieges gehörte in der Wissenschaft die «Modernisierungstheorie». In einem Satz ausgedrückt, bedeutete dies, dass Modernisierung eine Verwestlichung erforderte. Beides sei angeblich dasselbe. Alle neuen und unabhängig gewordenen Nationen im sogenannten Globalen Süden müssten, wenn sie modern werden wollten, dem Beispiel des Westens folgen. Angesichts der unzähligen, durchweg destruktiven Folgen halte ich dies für einen der schlimmsten Fehler der letzten acht Jahrzehnte. Erst jetzt lernen die nicht-westlichen Nationen, dass echte Modernisierung damit beginnt, sich selbst zu finden.

Deutschland hat nach seiner Niederlage 1945 einen ähnlichen fehlerhaften Weg eingeschlagen. Um die Katastrophe des Ersten Weltkriegs und die Grausamkeiten, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hatten, zu überwinden, sollte das Land endlich modern werden. Das bedeutete Demokratisierung. Und Demokratisierung wurde gleichgesetzt mit Amerikanisierung. Diese Erzählung exportieren die USA seit der Ära *Wilson* zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Kultur der Unterwerfung

Doch der Versuch, das Bewusstsein einer Nation zu verändern, ist – abgesehen von der

impliziten Hybris – ein äusserst heikles Unterfangen. Es bedeutet, an der Identität eines Volkes zu rütteln, an seinem grundlegendsten Verständnis davon, wer es ist. Die Gefahr einer solchen kollektiven psychologischen Entwurzelung – insbesondere bei Menschen, die auf Grund ihres Verhaltens in der Vorkriegs- und Kriegszeit mit Schuld belastet sind – liegt für mich auf der Hand. Sowohl im Falle Deutschlands als auch im Falle Japans scheinen mir die Umstände der Nachkriegswelt das Ergebnis bestimmt zu haben. Der Übergang von der Niederlage zu den Imperativen des Siegers im Kalten Krieg musste zwangsläufig auf beiden Seiten des Atlantiks zu dem führen, was ich als Kultur der Unterwerfung bezeichne.

Als 1949 der Eisernen Vorhang Deutschland teilte und die Amerikaner den Wiederaufbau des Landes lenkten, war dies meiner Meinung nach eine Art Verstümmelung – auf den Landkarten, aber auch in den Köpfen. Und weder Deutschland noch seine Bevölkerung haben sich meiner Ansicht nach von diesem Schock erholt. Das ist eine Feststellung, die jedem klar sein dürfte, der aufmerksam durch das Land reist. Deutschland ist seit einem Dreivierteljahrhundert nicht mehr es selbst; die Deutschen sind psychologisch gesehen in gewisser Weise von sich selbst getrennt, losgelöst. Das ist ein seltsamer Zustand für ein Volk, das mir immer als charakterstark erschienen ist.

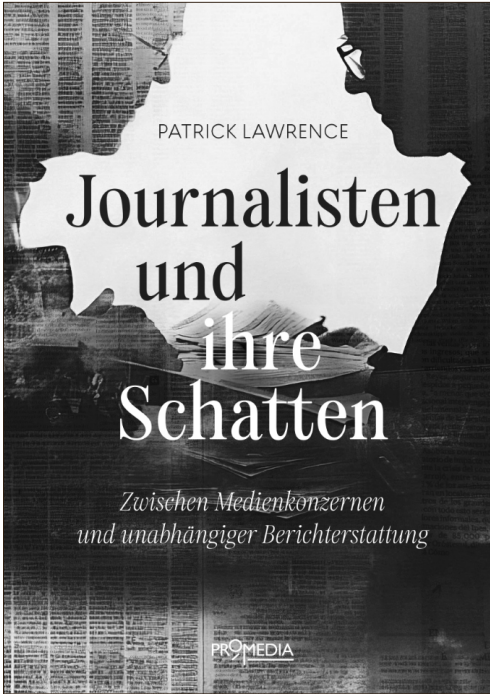
Sich selbst wieder finden

Vor langer Zeit schrieb *Oscar Wilde* in «De Profundis», dem berühmten Traktat, den er während seiner Haft in Reading Gaol verfasste: «Die meisten Menschen sind andere Menschen». Wilde hatte zwar ganz andere Dinge im Kopf, aber diese bemerkenswerte Pensée scheint mir perfekt zu passen, wenn wir an die Nachkriegsdeutschen denken. «Ihre Gedanken sind die Meinungen anderer, ihr Leben eine Nachahmung, ihre Leidenschaften ein Zitat», heisst es in dem Text weiter.

Ich denke an diese Passage, wenn ich auf Olaf Scholz zurückblicke, der vor drei Jahren stumm dastand, während der amerikanische Präsident der Welt verkündete, dass er Scholz gleich missbrauchen und demütigen würde, ohne einen Gedanken an ihn zu verschwenden. Wer war Scholz in diesen Momenten? Es ist seltsam, dass die überzeugendste Antwort darauf «niemand» sein könnte. Dort auf dem Podium, nominell gleichberechtigt, aber offensichtlich alles andere als das, war Scholz die verkörperte Kultur der Unterwerfung nach 1945.

Zu den wenigen Lichtblicken, die man heute in Deutschland sieht – in Berlin, aber noch deutlicher, würde ich sagen, in den Dörfern und Städten der ehemaligen DDR –, gehört die schwache, aber erkennbare Aussicht, dass Deutschland und seine Bevölkerung mit der Zeit wieder zu sich selbst finden könnten. «Wir alle suchen unser Land», sagte ein befreundeter Journalist und Dokumentarfilmer, als wir unseren gemeinsamen Vormittag in Potsdam im vergangenen Herbst beendeten. Es schien das zu sein, was er mir am meisten zeigen wollte.

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=OS4O8rGRLf8>
Erstveröffentlichung *ScheerPost* vom 26.4.2025
(Übersetzung *Makroskop*)



ISBN 978-3-85371-543-7

«Gaza ist ein Konzentrat von Menschenrechtsverletzungen»

Interview von Guy Mettan mit Philippe Lazzarini*



Philippe Lazzarini
(Bild UNRWA)

Am Freitag, dem 22. August, haben die Vereinten Nationen die Hungersnot in Gaza ausgerufen, wo sich mehr als eine halbe Million Menschen in einer «katastrophalen» Lage befindet. Die hilflose Mehrheit der Weltbevölkerung ist empört, während der Westen untätig bleibt. Gefangen in ihrer Schuld gegenüber dem Holocaust, bleiben die Westler passiv gegenüber den israelischen Greueltaten, während ein neuer Völkermord im Gange ist und ein vertraulicher Bericht der israelischen Armee bestätigt, dass 83% der 62 000 in Gaza getöteten Menschen unschuldige Zivilisten sind.

Philippe Lazzarini, noch sieben Monate lang Generalkommissar der UNRWA, leitet diese UN-Organisation, die für die Verteilung der Hilfe an die Palästinenser zuständig ist, seit zehn Jahren. Der in La Chaux-de-Fonds geborene Schweizer mit italienischem Vater und schweizerdeutscher Mutter lebt mit seiner Familie in Genf. Er hat nicht die Absicht, während seiner verbleibenden Amtszeit zu schweigen oder die Hände in den Schoß zu legen. Er kommt auf diese humanitäre Katastrophe und ihre Folgen für die Bewohner Gazas, aber auch für die Zukunft des humanitären Rechts und der Menschenrechte zurück.

Guy Mettan: Sie äussern sich sehr kritisch über die Humanitäre Stiftung für Gaza (GHF, Gaza Humanitarian Foundation), die von den Amerikanern gegründet wurde, um den Bewohnern Gazas zu helfen. Sie haben die Mitarbeiter dieser Stiftung, die kurzzeitig im Genfer Handelsregister eingetragen war, als Söldner bezeichnet. Ist das nicht etwas übertrieben?

Philippe Lazzarini: Sie machen selbst keinen Hehl daraus! Die Mitarbeiter der GHF sind hochbezahlte ehemalige Militärangehörige, die nach Gaza kommen, um eine sogenannte humanitäre Tätigkeit auszuüben, ohne zu wissen, was Humanität bedeutet. Die Absicht dieser Organisation war es, die palästinensische Bevölkerung im Norden und Zentrum des Gaza-Streifens zu zwingen, sich in den Süden zu begeben, um Nahrung zu erhalten. Die Zahl von 400 nahegelegenen Verteilungszentren wurde auf einige wenige reduziert, wodurch die Schwächsten gezwungen wurden, sich fortzubewegen. Wie kann man von humanitärer Hilfe sprechen, wenn man Verwundete, Behinderte, Kranke, Kinder und Mütter der Familien zwingt, kilometerweit zu gehen, um Nahrungsmittel zu erhalten? Ausserdem ist dies für die meisten Menschen zu einer tödli-

chen Falle geworden. Seit Beginn ihrer Aktivitäten im Mai letzten Jahres wurden mehr als 1500 Menschen getötet, als sie sich auf den Weg machten, um Lebensmittel zu holen, weil sich diese Zentren direkt neben israelischen Militärstellungen befinden und die Armee bei jeder Gelegenheit auf die Menschenmenge schiesst.

«Hamas» – das Feigenblatt für alle Menschenrechtsverletzungen

Unter dem Vorwand, jegliche Umleitung der Hilfe an die Hamas zu verhindern, ist das Ziel der israelischen Armee, die von der gesamten internationalen Gemeinschaft eingerichtete und unterstützte Hilfsorganisation [die UNRWA] loszuwerden und sie durch ein privates Unternehmen zu ersetzen, das von ihnen mit Unterstützung der Amerikaner gegründet wurde. Diese Fokussierung auf die Hamas ist übrigens ziemlich überraschend, da dieses Argument plötzlich auftauchte, obwohl es vor diesem Frühjahr weder von den israelischen Behörden gegenüber den UN-Instanzen noch gegenüber den amerikanischen Behörden jemals vorgebracht worden war. Man hat den Eindruck, dass man ein Feigenblatt schaffen musste, das die politischen und militärischen Ziele Israels verdecken soll.

Mit der GHF kam die Hungersnot

Seit der Ablösung der UNRWA durch die GHF hat die Bevölkerung im Norden Gazas das Stadium der Hungersnot erreicht, wie die Uno gerade erklärt hat. Gemäss internationalen Standards gibt es fünf Stufen, bevor der Zustand der Hungersnot erreicht ist. Diese letzte Stufe ist nun im Norden erreicht, und sie dürfte im September auch im Zentrum und Süden erreicht sein, wo der Grossteil der Bevölkerung Schutz sucht.

Dies ist das Ergebnis der GHF und ihrer Politik, obwohl es sich um eine der am leichtesten zu bekämpfenden Hungersnöte handelt, da eine einfache politische Entscheidung ausreicht, um sie zu bekämpfen, indem man die Tausende von Lastwagen mit Lebensmitteln, die vor den Toren der Enklave warten, hereinlässt. Die ausgehungerte Bevölkerung Gazas befindet sich weniger als dreissig Minuten von Hunderten von Geschäften und Lebensmittelzentren entfernt, die perfekt versorgt sind.

Das LinkedIn-Profil des Generaldirektors der GHF, John Acree, zeigt, dass er tatsächlich seine gesamte Karriere bei der USAID in Zusammenarbeit mit dem US-Militär verbracht hat. Haben Sie ihn getroffen?

Nein, ich kenne ihn nicht. Die GHF wird tatsächlich von zwei Männern geleitet. Der zweite, der geschäftsführende Vorsitzende, ist Pastor Johnnie Moore, ein amerikanischer Geschäftsmann und Reverend, der messianisch und blind proisraelisch ist.

Läuft die Uno mit der Ausrufung des Zustandes der Hungersnot nicht Gefahr, sich auf das Spiel der GHF einzulassen, die damit die Evakuierung der Palästinenser rechtfertigen könnte, um ihre Lebensmittelverteilung besser durchführen zu können?

Man beseitigt Hungersnöte nicht, indem man Menschen evakuiert, da ja auch der Süden des Gaza-Streifens unter einer Nahrungsmittelnotlage leidet. Seit Beginn des Krieges hat Israel die Bevölkerung ununterbrochen in alle Richtungen verschoben. Jeder Bewohner Gazas wurde seit Oktober 2023 durchschnittlich zwei- bis dreimal umgesiedelt.

Ausserdem ist es ein schrecklicher und zynischer Scherz, vorzugeben, die Palästinenser im Südsudan ansiedeln zu wollen. Dieses Land ist doch eines der ärmsten der Welt, vom Krieg verwüstet, auf Grund jahrzehntelanger Investitionsmängel unterentwickelt und kulturell ungeeignet, da seine Bevölkerung christlich oder animistisch ist. Das Gleiche gilt für Libyen, das ebenfalls im Gespräch war. Wie würde man Hunderttausende muslimischer Palästinenser im Südsudan integrieren? Würde man die Menschen festnehmen und Tausende von Kilometern von ihrer Heimat entfernt deportieren? Das ist nicht seriös, das ist völlige Dystopie.

Wie erklären Sie sich diese Passivität des Westens und insbesondere Europas, obwohl

Europa bereits einen Völkermord miterlebt hat, ohne sich darüber zu empören, und unaufhörlich die Menschenrechte als sein neues Evangelium verkündet?

Die Menschenrechte sollten unser Massstab sein. Die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Ordnung, das multilaterale System, die Genfer Konventionen – all das wird durch eine Politik in Frage gestellt, die ausserhalb Europas als Doppelmoral wahrgenommen wird. Der Globale Süden neigt nun dazu, die Menschenrechte und das Völkerrecht als Ergebnis des Rechts des Stärkeren zu betrachten. Seiner Ansicht nach werden diese nicht für alle in gleicher Weise angewendet und überhaupt nicht in Palästina, wo wir Zyklen der Straflosigkeit beobachten konnten, die nur zu einer erneuten Zunahme systematischer und flagranter Verletzungen dieser Rechte geführt haben.

In Gaza haben wir alles gesehen: den militärischen Einsatz von Hunger, Zwangsumsiedlungen, die Vernichtung des Gesundheitssystems, die Zerstörung des Bildungssystems und verschiedener Kultstätten, das heisst eine Konzentration aller möglichen Menschenrechtsverletzungen. Und all dies geschah und geschieht weiterhin vor unseren Augen, ununterbrochen. Man wird nie sagen können, man habe es nicht gewusst.

Es ist auch ein Kontext, in dem sich Narrative gegenüberstehen. Es herrscht ein Klima der Propaganda, aber auch der absoluten Zensur, da alle internationalen Medien seit dem ersten Tag aus Gaza verwiesen sind. Wenn dem Besatzer etwas nicht passt, ermöglicht ihm dies zu sagen, dass die Informationen verzerrt wurden, ohne dass man dem widersprechen kann, da der Zugang zum Gebiet verboten ist. Wir selbst waren Gegenstand aller möglichen Beschwerden. Aber es würde genügen, den Medien Zutritt zu Gaza zu geben, um die schreckliche Realität und die Sinnlosigkeit der Vorwürfe gegen uns zu erkennen.

Wie können Sie beweisen, dass die UNRWA nicht mit der Hamas unter einer Decke steckt, wie Ihnen so oft vorgeworfen wird?

Seit Beginn des Krieges heisst es: Gaza ist gleichbedeutend mit der Hamas. Die gesamte Bevölkerung sei Hamas. Man rechtfertigt alle Toten damit, dass man sagt, es seien Mitglieder der Hamas gewesen. Das haben wir vor zwei Wochen bei der Ermordung des berühmten al-Jazira-Journalisten Anas al-Sharif gesehen, der angeblich für die Hamas gearbeitet haben soll. [Inzwischen, am Montag, dem 25. August, wurden fünf weitere Journalisten aus denselben Gründen getötet.] Alles wird mit dem Label der Hamas gerechtfertigt.

Unsere Institution wurde beschuldigt, Mitglieder der Hamas als Mitarbeiter eingestellt zu haben und dass einige sogar an dem grausamen Angriff vom 7. Oktober gegen Israel beteiligt gewesen seien. Für jeden dieser Beschuldigten haben wir jedoch eine unabhängige Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse im Juli letzten Jahres veröffentlicht wurden.

Von den insgesamt 19 Beschuldigten – das sind 19 von 13 000 Mitarbeitern – wurden 10 freigesprochen, während bei 9 weiteren, von denen mehrere getötet wurden, festgestellt wurde, dass es vielleicht Anlass für eine Untersuchung gäbe, wenn man Zugang zu den sie betreffenden Informationen hätte. Der Vertrag dieser Personen wurde gekündigt. Alle unsere Spender und die überwiegende Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten haben diese Schlussfolgerungen akzeptiert und ihre Unterstützung für die UNRWA wieder aufgenommen.

In der Folge wurden wir systematisch beschuldigt, von der Hamas infiltriert worden zu sein. Israel nannte 500 Namen, dann 1000 Namen, dann 3000 Namen. Jedesmal standen diese Namen auf Listen, und Israel behauptete, Beweise für ihre Zugehörigkeit zur Hamas zu haben. Aber es reicht nicht aus, einen Namen auf eine Liste zu setzen, um Beweise gegen diese Person zu haben. Wir haben die israelischen Behörden und alle, die möglicherweise über Informationen verfügten, immer wieder gefragt, ob sie über Elemente verfügten, die eine Untersuchung rechtfertigen würden. Jedesmal war die Antwort negativ.

Von seiten der Israeli wurde nie eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet. Seit mehr

als zwanzig Jahren übermittelt die UNRWA die Liste ihrer Mitarbeiter an das Gastland, nämlich den palästinensischen Staat, und an die israelischen Behörden. Keine der beiden Instanzen hat jemals Bedenken geäussert. Ich habe den israelischen Aussenminister daran erinnert, aber nie eine Antwort erhalten. Wir stehen weiterhin zur Verfügung und sind sowohl als Vereinte Nationen als auch als UNRWA bereit, eine Untersuchung einzuleiten, sobald uns ein Verdachtsfall gemeldet wird.

Auch andere UN-Einrichtungen wie OCHA [Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs] wurden ins Visier genommen. Auch hier ohne Beweise. Das Etikett «Hamas» wird ständig verwendet, um sie zu diskreditieren. Die UNRWA wird aufs Korn genommen, weil unsere Organisation ein Symbol für Palästina und seine Geschichte ist und die Schaffung eines zukünftigen palästinensischen Staates verkörpert. Sie symbolisiert auch das Recht auf Rückkehr, das für Israel von entscheidender Bedeutung ist. Das ist der Grund, warum unsere Organisation nach Ansicht vieler israelischer Politiker verschwinden soll.

In seinem Film über die UNRWA bringt der Schweizer Filmemacher Nicolas Wadimoff diese Frage sehr gut zum Ausdruck. Er interviewte eine ehemalige israelische Politikerin der extremen Rechten, die einen Kreuzzug zur Zerschlagung unserer Organisation führt. Sie erklärt ihre Beweggründe sehr gut, die nichts mit der Hamas zu tun haben, sondern mit dem Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihr Land.

Und man darf nicht vergessen, dass die Hamas damals von derselben israelischen Regierung und derselben extremen Rechten unterstützt wurde, die damit die palästinensische Autonomiebehörde und die PLO diskreditieren und schwächen wollten, um sicherzustellen, dass Israel keinen glaubwürdigen Partner für Friedensverhandlungen hat, und so die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Netanjahu hat dies in Reden vor seiner eigenen Partei öffentlich gesagt.

Abstrakte Rechtsbegriffe können die grausame Realität in Gaza nicht beschreiben

Sie verzichten dennoch darauf, das Wort Völkermord zu verwenden. Warum?

Ich habe von völkermörderischem Verhalten gesprochen, weil das Wort Völkermord ein juristischer Begriff ist, der vom Internationalen Gerichtshof noch nicht bestätigt wurde. Es existieren alle Anzeichen dafür, dass ein Völkermordprozess im Gange ist, wie wir gesehen haben. Der Internationale Gerichtshof hat bereits vorläufige Massnahmen ergriffen, muss aber noch die Beweise prüfen, und wir müssen sein Urteil abwarten, damit der Begriff Völkermord rechtlich gültig ist und verwendet werden kann, um das zu beschreiben, was gerade geschieht.

Übrigens werden abgesehen von jenen von Amnesty International und Human Rights Watch immer mehr Stimmen laut – auch in Israel, wie beispielsweise B'Tselem –, die von einer Völkermordsituation sprechen. Für mich ist es wichtig, das Leid der palästinensischen Bevölkerung so genau wie möglich zu beschreiben und zu erfassen. Wie unsere Mitarbeiter sagen: «Wir sind weder lebendig noch tot, wir sind nur noch wandelnde Leichen!» Die grauenhafte Realität des Lebens in Gaza lässt sich nicht mit einem abstrakten Rechtsbegriff beschreiben.

Sie haben die unglaubliche Rettung der Archive der UNRWA erwähnt. Warum war es so wichtig, sie zu bewahren?

Diese Archive repräsentieren die gesamte Geschichte, die Erinnerung und Identität von zwei Millionen Palästinensern, ihren Familien, ihren Stammbäumen, ihren Vertreibungen seit der Nakba, der Katastrophe von 1946–1948. Sie sind Teil des zukünftigen nationalen Erbes des zukünftigen palästinensischen Staates.

Glücklicherweise hatten sie keine Aufmerksamkeit erregt. Wir konnten sie zu Beginn des Krieges im November 2023 aus Gaza herausbringen, als wir unseren Hauptsitz evakuieren mussten. Und das dank einiger unserer Mitarbeiter, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten

* Guy Mettan ist Journalist und Abgeordneter im Grossen Rat des Kantons Genf, den er 2010 präsidierte. Er arbeitete für das «Journal de Genève», Le Temps stratégique, Bilan, «Le Nouveau Quotidien» und später als Direktor und Chefredaktor der «Tribune de Genève». 1996 gründete er den Geneva Press Club, dessen Präsident und späterer Direktor er von 1998 bis 2019 war. Philippe Lazzarini wurde am 18. März 2020 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, zum Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen und zum Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ernannt. Zuvor war er seit 2015 als stellvertretender Sonderkoordinator der Vereinten Nationen (UNSCOL) und als Resident und Humanitarian Coordinator für den Libanon tätig. Geboren 1964 in La Chaux-de-Fonds, studierte er Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre. Von 1989 bis 1999 war er beim IKRK als stellvertretender Leiter der Kommunikationsabteilung in Genf, als Delegationsleiter in Ruanda, Angola und Sarajevo sowie als Delegierter im Südsudan, in Jordanien, Gaza und Beirut tätig. Nach drei Jahren bei der Union Bancaire Privée in Genf trat Philippe Lazzarini 2003 in den Dienst der Vereinten Nationen, wo er in verschiedenen Führungspositionen im Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) im Irak, in Angola, Somalia und in den besetzten palästinensischen Gebieten tätig war. 2013–2015 war er stellvertretender Sonderbeauftragter, Resident und Humanitärer Koordinator bei der Hilfsmision der Vereinten Nationen in Somalia. Philippe Lazzarini ist verheiratet und hat vier Kinder.

Die OSZE und die westliche Greuelpropaganda

von Karl-Jürgen Müller

Am 1. August 2025 war es 50 Jahre her, dass 35 Staats- und Regierungschefs aus Europa, der Sowjetunion, den USA und Kanada die *Schlussakte von Helsinki* unterzeichneten. Diese Unterzeichnung war das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen innerhalb der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE), die in der finnischen Hauptstadt Helsinki und in der Schweizer Uno-Stadt Genf stattgefunden hatten.

Kern des Dokuments waren die folgenden zehn Prinzipien:

1. *Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte;*
2. *Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt;*
3. *Unverletzlichkeit der Grenzen;*
4. *Territoriale Integrität der Staaten;*
5. *friedliche Regelung von Streitfällen;*
6. *Nichteinmischung in innere Angelegenheiten;*
7. *Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschliesslich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit;*
8. *Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker;*
9. *Zusammenarbeit zwischen den Staaten;*
10. *Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.*

1994 wurde die KSZE in OSZE umbenannt: *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Die OSZE hat heute 57 Mitglieder aus Europa, Asien und Nordamerika, darunter auch Russland und die zentralasiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie die USA. Sie hat einen festen Sitz in Wien. In der Theorie entscheidet die OSZE unter Beachtung der Gleichberechtigung ihrer Mitgliedsstaaten und im Konsens. Aber ist dies auch tatsächlich so?

Selbstdarstellung

Die Urteile über die KSZE und die OSZE fallen schon seit 1975 unterschiedlich aus. Die OSZE selbst spricht von sich als der weltweit grössten regionalen Sicherheitsorganisation. Durch «politischen Dialog und praktische Arbeit» setze sie sich dafür ein, «nachhaltige Stabilität, Frieden und Demokratie für mehr als eine Milliarde Menschen zu sichern.»¹ Weiter heisst es, die OSZE biete «ein Forum für politischen Dialog zu einem breiten Spektrum von Sicherheitsfragen und eine Plattform für gemeinsames Handeln, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen und Gemeinschaften zu verbessern». Die OSZE helfe «innerhalb von Staaten und zwischen ihnen Gegensätze zu überbrücken und Vertrauen und Zusammenarbeit aufzubauen». Wo Instabilität herrsche, arbeite die OSZE daran, «Konflikten vorzubeugen, Krisen zu meistern und die Konfliktnachsorgearbeit zu fördern».

Folgt man allein den Worten der *Schlussakte von Helsinki* oder der im November 1990 verabschiedeten Nachfolgeerklärung, der *Charta von Paris*, so findet man tatsächlich sehr viel Positives. Auch haben die KSZE und die OSZE, darauf hat der ehemalige Schweizer Offizier des Nachrichtendienstes *Ralph Bosshard* in dieser Zeitung hingewiesen, in ihren Anfangsjahren tatsächlich einiges für Entspannungen bei Konflikten geleistet.²

KSZE, OSZE und Kalter Krieg

Aber übersehen wird dabei, dass die KSZE eben auch ein Teil des Kalten Krieges war. Der Westen sprach zwar von «Entspannungspolitik», und die Staaten des Warschauer Paktes sprachen von «friedlicher Koexistenz». Nach der Kuba-Krise war auch bei politisch Verantwortlichen die Einsicht gewachsen, dass atomares Wettrüsten alleine in eine weltvernichtende Katastrophe führen kann. Aber keine Seite gab das Endziel auf, den Kalten Krieg zu gewinnen. Wobei die Staaten des *Warschauer Paktes* deutlich defensiver waren – sie wollten zuerst einmal das nach dem Zweiten Weltkrieg territorial und politisch Erreichte sichern und von besseren Wirtschaftsbeziehungen zum Westen profitieren. Die Staaten des Westens hingegen versprachen sich eine Destabilisierung der sozialistischen Staatenwelt mittels der Bestimmungen über die Einhaltung der Menschenrechte.

Die USA hatten die schwere Niederlage in Vietnam nicht verwunden. Dass der Kalte Krieg weiterging, zeigte sich schon kurz nach 1975. Afghanistan war 1975 Einflussgebiet der Sowjetunion und hatte eine sozialistische Regierung. Schon vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan Ende 1979 unterstützte die CIA zusammen mit dem pakistanischen Geheimdienst den Aufstand islamistischer Mudschahedin gegen die sozialistische Regierung («Operation Cyclone»). Ein sowjetischer Einmarsch wurde geradezu provoziert. US-Sicherheitsberater *Zbigniew Brzezinski* sprach Jahre später in einem Interview stolz davon, so auch der Sowjetunion ihr Vietnam bereitet zu haben.³

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre eskalierte der Westen den Kalten Krieg. Stichworte: *Ronald Reagans* Rede vom «Reich des Bösen», US-amerikanische Infragestellungen des ABM-Vertrages durch die *Strategic Defense Initiative* (SDI), die Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, Nato-Übungen für den Atomkrieg.

Und am vermeintlichen Ende des Kalten Krieges und nach einem weitgehenden Eingehen der sowjetischen Führung auf westliche Forderungen wollte der Westen fortan den Ton angeben. Schon die Diktion der *Charta von Paris* vom November 1990 ist weitgehend westlich gehalten – *Michail Gorbatschow* war damals dazu bereit.

Kritische Stimmen

Der von 2020 bis 2022 amtierende Aussenminister von Malta, *Evarist Bartolo*, sagte im August 2025 in einem Gespräch mit dem norwegischen Politikwissenschaftler *Glenn Diesen*⁴, die USA hätten schon bei der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte nicht die Absicht gehabt, die Beziehungen zu Russland bzw. der Sowjetunion gleichwertig und gleichberechtigt zu gestalten. Vielmehr sei die KSZE-Schlussakte schon damals für die US-Regierung ein gelungener Akt der Täuschung gewesen.

Und zum 50. Jahrestag der Verabschiedung der *Schlussakte von Helsinki* schrieb *Ralph Bosshard*: «Nach 2014 war zu beobachten, wie die OSZE zu einem Schauplatz des sich anbahnenden neuen Kalten Krieges wurde.

Seither sind die neuen ideologischen Gegensätze zwischen West- und Osteuropa deutlich zutage getreten, und sie beherrschen die Diskussionen in den Foren der OSZE bis heute. [...] In den letzten Jahren wurde so gut wie jeder denkbare Bereich politischen und gesellschaftlichen Lebens zur Führung des Konflikts zwischen Westeuropa und Russland genutzt, und es entstand eine Atmosphäre, in welcher Verhandlungsbereitschaft grundsätzlich einmal als Zeichen der Schwäche interpretiert wird. [...] Jetzt tobt ein ideologischer Krieg, in welchem der Westen danach strebt, seine Wertvorstellungen auf dem europäischen Kontinent ganz generell durchzusetzen und diejenige Macht, die sich als Vorreiter der Rebellion gegen die westliche Dominanz sieht, nämlich Russland, komplett zu zerschlagen, auf dass andere nie mehr den Mut haben mögen, sich westlicher Werte-Dominanz zu widersetzen.»⁵

OSZE und Ukraine-Krieg

Am 15. Juli 2025 legte das *OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte* (ODIHR) seinen siebten, 68 Seiten umfassenden «Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine» vor.⁶ Die Behauptungen des Berichts über die menschenrechtliche Situation und die Beachtung des Humanitären Völkerrechts in den von Russland verwalteten und beanspruchten Regionen sind äusserst schwerwiegend.

Allerdings: Mitarbeiter des ODIHR haben nichts vom Berichteten mit eigenen Augen gesehen, sie haben keinen direkten Zugang zu diesen Regionen. Sucht man nach den Quellen für die aufgestellten Behauptungen, so stösst man fast ausnahmslos auf sogenannte Zeugen-Interviews (der Bericht spricht von 90 Zeugen), hier und da auf Behauptungen von NGOs, die über die Vertretung der Ukraine bei der OSZE vermittelt wurden. Tatsächliche Beweise fehlen. Geschweige denn, dass Stellungnahmen der russischen Seite eingeholt wurden. Nirgendwo im Bericht wird erläutert, ob und wie die Zeugenaussagen kritisch untersucht wurden. Die Interviews wurden in der Ukraine geführt. Der Leser des Berichts kann sich keinerlei Bild von der Glaubwürdigkeit der Zeugen und der Qualität der Zeugenaussagen machen. Seriös betrachtet, könnte der Bericht des ODIHR allenfalls eine Grundlage für eine genauere Prüfung sein.

Medien auf der Suche nach Propagandamaterial

Aber wem in den gegen Russland Krieg führenden Staaten ist an einer solchen Prüfung gelegen? Wer bemüht sich hier um Wahrheitsfindung?

Sicher nicht die Medien, die ständig auf der Suche danach sind, was sie für ihre antirussische Greuelpropaganda instrumentalisieren können.

Ein Beispiel dafür ist die «Neue Zürcher Zeitung». Am 25. August 2025 titelte sie: «Die Menschen hinter den Strichen auf der Karte.» Der erste Satz im Untertitel lautet: «Die Ukrainer in den russisch besetzten Gebieten erleiden

Folter, Vergewaltigung, Gehirnwäsche und Deportation.»

Hand in Hand – OSZE und Greuelpropaganda?

Im Text selbst heisst es:

«Bei der Organisation für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung [gemeint ist die OSZE] beobachtet das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) die Vorgänge in den besetzten Gebieten der Ukraine genau.» In seinem am 15. Juli veröffentlichten siebten Zwischenbericht über gemeldete Verletzungen des Humanitären Völkerrechts in der Ukraine halte das Büro fest: ««Neue Informationen, die das ODIHR erhalten hat, bestätigen frühere Befunde von weitverbreiteter systematischer Anwendung von Folter durch die russischen Behörden gegen die ukrainische Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene.» Die Methoden der Folter seien ähnlich wie in den früheren Zwischenberichten bereits beschrieben.» Der Bericht rapportiere «Dutzende Fälle von willkürlicher Verfolgung, Festnahme, Einkerkierung von Zivilisten ohne reguläre Verfahren. Es wird über systematische Folter berichtet wie Schläge, das Brechen von Knochen, das Ziehen von Fingernägeln, Elektroschocks, sexueller Missbrauch, Aushungern, Schein-Exekutionen, Drohungen gegen Familienmitglieder. Die Opfer sind Männer und Frauen aller Altersgruppen sowie Minderjährige. Der Grund der Festnahme wird meist nicht kommuniziert und ist oft willkürlich. [...] Die Fälle belegen die von der Führung der Besatzungsmacht angeordnete systematische Terrorisierung und Einschüchterung der ukrainischen Bevölkerung.»⁷

Wider das Menschheitsgewissen

Der Zeitungsartikel unterstellt, all dies seien Tatsachen, jeder kritische Blick auf den ODIHR-Bericht (siehe oben) fehlt. Aber dies liegt nicht daran, dass den Zeitungsmachern das Werkzeug fehlen würde.

Die «Neue Zürcher Zeitung» ist nur ein Beispiel unter vielen. Und man fragt sich, ob die Medienmacher wirklich wissen, was sie tun. Der Schaden, den sie anrichten, ist gross. Nachher heisst es sehr wahrscheinlich wieder: War gar nicht so gemeint! Das Menschheitsgewissen wird eine andere Sprache sprechen.

¹ Was ist die OSZE? https://www.osce.org/files/f/documents/1/7/35780_2.pdf
² Ralph Bosshard. «In neuer Lage alte Lektionen neu lernen»; <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2025/nr-17-5-august-2025-1/in-neuer-lage-alte-lektionen-neu-lernen>
³ «How Jimmy Carter and I Started the Mujahideen», Interview mit Zbigniew Brzezinski, in: *Le Nouvel Observateur* vom 15.1.1998.
⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=yxAEld-inTQ>
⁵ Ralph Bosshard. «In neuer Lage alte Lektionen neu lernen»; <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2025/nr-17-5-august-2025-1/in-neuer-lage-alte-lektionen-neu-lernen>
⁶ *Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine*; https://www.osce.org/files/f/documents/e/5/594634_2.pdf
⁷ «Neue Zürcher Zeitung» vom 25.8.2025, Seite 6

«Gaza ist ein Konzentrat ...»

Fortsetzung von Seite 3

und sich geschworen hatten, nicht zu sterben, bevor sie dies getan hatten. Wir konnten sie in Rafah lagern, wo sie sicher waren, bis die israelische Armee die Stadt angriff. Ich wollte dann mit den Ägyptern verhandeln, sagte mir aber, dass das zu lange dauern würde, so dass wir beschlossen, sie Karton für Karton zu evakuieren, indem wir sie in unseren gepanzerten Fahrzeugen versteckten, die zu dieser Zeit noch in Richtung Jerusalem und von dort zu unserem neuen Hauptsitz in Amman fahren durften. Innerhalb weniger Wochen konnten sie vollständig herausgebracht werden. Seitdem wurden sie digitalisiert und können nicht mehr zerstört werden.

Gaza darf nicht zur neuen «Norm» werden

Um auf die Schweiz zurückzukommen: Sie sagten, die Schweiz könnte mehr tun. Wie? Natürlich könnte die Schweiz mehr tun. Viele Parlamentarier haben die Propaganda der proisraelischen Lobbys für bare Münze genommen, die das Ergebnis der extremen Polarisie-

«Jetzt, wo von Hungersnot die Rede ist, hoffe ich, dass die Schweiz ihre Position überdenkt und sich bewusst wird, dass die Tatsache, dass man eine offensichtliche Hungersnot zulässt, als unauslöschlicher Makel angesehen werden wird.»

rung ist, die dieser Konflikt weit über seine Ursprungsregion hinaus hervorruft. Ich bin froh, dass die Schweiz einen Teil ihrer Subventionen beibehalten hat und dass die jüngsten Debatten weniger dogmatisch verlaufen sind. Anfangs war die Debatte nicht rational und entsprach nicht der humanitären, unparteiischen und unabhängigen Schweiz, die wir gewohnt sind.

Nach dem Scheitern der von der Uno-Generalversammlung geforderten Konferenz der Vertragsparteien könnte die Schweiz sich erneut an die Arbeit machen und die Versammlung um ein neues Mandat bitten. Das wäre lohnenswert, denn es steht so viel auf dem Spiel! Die *Genfer Konventionen* müssen überall gelten, nicht nur in Gaza. Und andererseits kann Gaza nicht als isolierter Fall betrachtet werden, der

vom Rest der Welt getrennt ist. Was man in Gaza toleriert, schafft einen Präzedenzfall, den andere schnell übernehmen werden.

Es muss verhindert werden, dass Gaza zur neuen Norm wird. Das ist das, was wirklich auf dem Spiel steht. Ich denke, dass ein Land wie die Schweiz, das sich stets als Garant des Völkerrechts und des humanitären Rechts verstanden hat, zutiefst besorgt sein und Initiativen ergreifen sollte, um den Geist dieses Rechts und der Genfer Konventionen zu schützen. In diesem Sinne könnte und sollte sie mehr tun.

Jetzt, wo von Hungersnot die Rede ist, hoffe ich, dass die Schweiz ihre Position überdenkt und sich bewusst wird, dass die Tatsache, dass man eine offensichtliche Hungersnot zulässt, als unauslöschlicher Makel angesehen werden wird. Ich hoffe, dass man der UNRWA

und anderen privaten und öffentlichen Organisationen erneut die Erlaubnis erteilt, die Lieferung von Lebensmitteln und medizinischer Hilfe ohne Einschränkungen wieder aufzunehmen, und dass man ihnen die notwendigen Ressourcen wieder zur Verfügung stellt.

Ergänzend zur GHF?

Wenn man die GHF als eine Organisation betrachtet, die zur humanitären Hilfe und zur Verteilung lebenswichtiger Güter beiträgt – warum nicht? Wir waren immer der Meinung, dass wir zusammenarbeiten müssen und dass keine Organisation behaupten kann, sie könne allein alle Probleme der Palästinenser lösen. Wir brauchen diese gegenseitige Ergänzung. Aber wir können nicht Hand in Hand mit einer Organisation arbeiten, die mit der Armee zusammenarbeitet und zulässt, dass Menschen, die ihre Hilfe suchen, wie Kaninchen abgeschossen werden. Diese Menschenjagd wird jedoch von der GHF toleriert, offen betrieben und gefördert. Wenn die GHF Lebensmittel bringt, ist das gut. Aber nicht, wenn dabei ein Hunger-Game gespielt wird!

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Vernunft und Menschlichkeit»

Einführung zum XXXII. Kongress «Mut zur Ethik» vom 29.–31. August 2025 in Sirnach

von Eva-Maria Föllmer-Müller

Liebe Freunde von «Mut zur Ethik»

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» freue ich mich, Sie herzlich zum diesjährigen Kongress begrüßen zu können.

«Mut zur Ethik» wurde im Jahr 1993 von der weithin geschätzten Historikerin und Psychologin Dr. *Annemarie Buchholz-Kaiser* ins Leben gerufen als Schutzwall von sich bereits abzeichnenden Zerfallerscheinungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Schon damals brauchte es Mut für ethisches Handeln.

Auch in diesem 32. Jahr kommen wir bei «Mut zur Ethik» zusammen, um in den kommenden drei Tagen vieles zu den brennenden Fragen der Zeit zu erfahren, miteinander zu diskutieren und mögliche Lösungswege zu erarbeiten.

Wir haben dieses Mal mehr Referenten als in den letzten Jahren. Das heisst aber auch, dass wir uns in unseren Beiträgen an die vorgegebene Zeit halten müssen, und ich möchte alle bitten, hierbei mitzuhelfen.

Wir haben dieses Mal das Thema «Vernunft und Menschlichkeit» gewählt.

Warum wir dieses Thema gewählt haben, ist offensichtlich. Es mangelt daran an allen Orten, vor allem in der westlichen Welt, und es ist das, was heute dringend vonnöten ist. Wir brauchen ein Umdenken, eine Rückbesinnung auf das, was sich im Zusammenleben der Menschen und Völker bewährt hat.

Seien wir ehrlich: Wir sind heute – erneut – an einem moralischen/ethischen und rechtlichen Tiefpunkt der Menschheitsgeschichte angelangt. Wir hatten geglaubt, dass wir die heutigen Akte der Unmenschlichkeit und Unvernunft nach zwei verheerenden Weltkriegen überwinden könnten. Wir haben diesen Vorsatz in zahlreichen Vertragswerken kodifiziert: in der Charta der Vereinten Nationen, im Völkerrecht, in den Menschenrechten, im Humanitären Völkerrecht.

Mirjana Spoljaric, die Präsidentin des IKRK, spricht von einer «Aushöhlung des Normativen insgesamt», von einer «Überschreitung vom Rechtlichen» und «von moralischen Grundprinzipien, die jedem Menschen eigen sind, die jede Religion, jede Kultur nachvollziehen kann». «Alles», so die Präsidentin des IKRK, «ist erlaubt und man kann morgen sein Wort brechen. «Ein Mann, ein Wort» ist eine Aussage, die heute eigentlich nicht mehr gilt, die sich junge Generationen, wie meine Kinder, nicht mehr als grundlegend vorstellen



XXXII. Kongress «Mut zur Ethik» – Podium. (Bild Screenshot)

können – auf Grund dessen, was sie jeden Tag in der Zeitung lesen oder im Internet finden.»

Mirjana Spoljaric verweist auf derzeit weltweit 130 Konflikte in 60 Ländern – mit unzähligen Toten, Verletzten, Vertriebenen.

Die Ehrfurcht vor dem Leben, die *Albert Schweitzer* beschworen hat, ist uns abhandgekommen.

Was ist Vernunft? Es ist das, was dem Leben dient.

Vernunft ist die Fähigkeit, ethisch abzuwägen. Vernunft bedenkt immer das grössere Ganze, beinhaltet Weltverständnis.

Immanuel Kants Kategorischer Imperativ, «Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne», hat nichts von seiner Bedeutung verloren.

Mit dem Artikel 1 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* aus dem Jahr 1948 ist eigentlich alles gesagt:

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.»

Was seit Immanuel Kant noch hinzugekommen ist und seinen Kategorischen Imperativ bestätigt und weiterentwickelt hat, sind die Forschungsergebnisse der Anthropologie und der personalen Psychologie:

Es gibt eine Tradition der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Frage: Was ist der Mensch? Was sind die Grundvoraussetzungen für das menschliche Zusammenleben? Die Forschungsergebnisse der personalen Psychologie und der Kulturanthropologie liegen vor: Der Mensch hat eine Sozialnatur. Der namhafte Medizinethiker *Giovanni Maio* wies darauf hin: Heute wird der Mensch immer als völliges Einzelwesen dargestellt, was er nicht ist. Sein Potential kann der Mensch nur in der Gemeinschaft mit anderen voll entwickeln.

Ohne die anderen kann ich nicht Mensch sein. Daraus ergibt sich das moralische Gebot, auch den anderen als Menschen zu achten. Der Mensch ist nicht aus sich heraus Mensch, er braucht den anderen Menschen. Wir müssen gegenseitig anerkennen, dass wir Menschen sind.

Eine seelische Grundausstattung des Menschen und die wesentliche Grundlage für das Zusammenleben ist die Fähigkeit, sich in den anderen einzufühlen. Aus dem Mitgefühl ergibt sich die Hilfsbereitschaft. Menschlichkeit ist möglich, weil der Mensch sich berühren lässt; das gehört zum Menschen.

Diesen Regeln des zwischenmenschlichen Zusammenlebens wird heute auf das grösste Gewalt angetan. Wir können und wollen dies nicht hinnehmen.

Für viele Staaten und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika, für die Mehrheit der



ef. Vom 29.–31. August 2025 fand der XXXII. Kongress «Mut zur Ethik» in Sirnach im Schweizer Kanton Thurgau statt, dieses Jahr zum Thema «Vernunft und Menschlichkeit». Eine erste Folge der dort gehaltenen Vorträge wird mit dieser Sonderbeilage veröffentlicht. Weitere Vorträge werden in den kommenden Ausgaben von *Zeit-Fragen* folgen.

Menschheit gilt dies schon seit geraumer Zeit. Stichworte sind BRICS+, *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit* oder *Celac*. Schon vor 70 Jahren verabschiedeten 29 Länder aus Afrika und Asien, die den Kolonialismus durchlitten hatten, im indonesischen Bandung ihre berühmt gewordene Erklärung mit ihren fünf Prinzipien der Zusammenarbeit – als Grundlage der Bewegung der Blockfreien: territoriale Integrität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit, gegenseitiger Nutzen und friedliche Koexistenz. Das war und ist Ausdruck von Vernunft und Menschlichkeit in den internationalen Beziehungen. Am kommenden Sonntag und Montag tagt der Gipfel der *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit* im chinesischen Tianjin. Von diesem Gipfel werden sicher weitere wichtige Impulse ausgehen. Ich denke, dass wir in unseren Gesprächen nicht bei der Malaise in unseren Ländern stehenbleiben sollten, sondern unseren Blick auch dorthin richten, wo sich etwas bewegt.

Viele unserer diesjährigen Gäste wirken bei unserer Arbeit seit Jahren mit. Wir freuen uns deshalb sehr, so viele bekannte Gesichter aus nah und fern in diesem Jahr bei uns herzlich willkommen zu heissen. Nicht minder gilt unser herzliches Willkommen all denjenigen, die das erste Mal bei «Mut zur Ethik» mitwirken.

Vielen Dank.

Die Verteidigung der Heimat – Das Recht auf Leben jenseits westlicher Perspektiven

von Karin Leukefeld



Karin Leukefeld
(Bild Tilo Gräser)

Liebe Anwesende, liebes Konferenz-Team von «Mut zur Ethik»

Vielen Dank für die Einladung, heute hier zu sprechen.

Gern wäre ich persönlich dabei, ich wünsche Ihnen und Euch allen eine gute und erkenntnisreiche Zeit! «Vernunft und Menschlichkeit» ist das Thema der diesjährigen Konferenz «Mut zur Ethik». In der Region, in der ich als freiberufliche Journalistin unterwegs bin, könnte man meinen, Vernunft und Menschlichkeit gibt es dort nicht.

Krisen und Kriege bestimmen den Alltag und breiten sich immer weiter aus. Im von Israel besetzten und zerstörten palästinensischen Gaza-Streifen und im Westjordanland, in Syrien, Libanon, im Jemen, im Iran und im Irak wird das Internationale Recht durch das Recht der militärischen Gewalt ersetzt.

Nach dem Internationalen Recht – gesprochen von den Vereinten Nationen – steht den Palästinensern seit 1947 ein eigener Staat zu. Israel – gegründet 1948 – ignoriert das Recht der Palästinenser Jahr für Jahr.

Seit mehr als 70 Jahren werden die Menschen in Palästina getötet oder vertrieben, ihr Land wird gestohlen, sie werden eingesperrt

im Gaza-Streifen, in Gefängnissen, mit einem Apartheid-System wird ihnen ein gleichberechtigtes Leben mit Israeli versagt. Dabei steht ausser Zweifel, dass den Palästinensern gemäss der UN-Charta und zahlreicher UN-Resolutionen das Recht auf Rückkehr und ein Staat zusteht.

Sie alle haben sich damit befasst! Niemand schützt die Palästinenser. Keine Vernunft, keine Menschlichkeit kann sie vor den Angriffen bewahren. Aus westlichen und anderen Regierungskreisen sind Phrasen und Appelle zu hören. Ein deutscher Bundeskanzler bedankt sich vor aller Welt bei Israel dafür, dass es im Iran, in Libanon, in Gaza «die Dreckarbeit für uns alle» erledigt.

Israel walzt wie ein Bulldozer über Leben und Lebensgrundlagen seiner arabischen Nachbarn hinweg. Ihre politischen Parteien, die von ihnen gewählt wurden, werden als «Terroristen» verfolgt, isoliert und – wenn sie mit oder auch ohne Waffen ihr Recht auf Widerstand gegen Besatzung und Unterdrückung behaupten – getötet.

In der Geschichte könnte man in den israelischen Kriegen vielleicht eine Parallele zum Einfall der Kreuzritter im 11./12. Jahrhundert erkennen, die von den Arabern als «Barbaren» beschrieben wurden. Doch die Barbaren von damals verfügten nicht über die Feuerkraft, die Künstliche Intelligenz, die Skrupellosigkeit des heutigen Staates Israel und seiner Führung. Den Barbaren von damals wurden

keine Waffen von Staaten aus Übersee geschickt, internationales Recht, die UN-Charta existierten damals nicht. Die Barbaren von damals hatten keine Smartphones, mit denen sie sich – wie «die Barbaren von heute» – in Siegerpose über ihre Opfer und deren Eigentum lustig machen, bevor sie sie töten, ihre Häuser sprengen, ihre persönlichen Dinge zerreissen.

Die Barbaren von heute vernichten nicht nur die Palästinenser, sie greifen Libanon und Syrien, Jemen und Iran an. Und sie attackieren die Vereinten Nationen und deren Institutionen, Missionen und Hilfswerke.

Niemand schützt die Palästinenser. Niemand schützt die Menschen in Syrien, Libanon, nicht im Jemen und nicht im Irak oder im Iran.

Im Gegenteil, diejenigen, die sich als Sieger sehen – Israel, die USA, die sogenannten E3 – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien – setzen nach, setzen noch eins drauf und ziehen die Schlinge um die scheinbar Unterlegenen weiter zu.

Wir sehen das in Palästina, in Libanon, in Syrien, und wir sehen das im Iran.

Deutschland, Frankreich und Grossbritannien wollen – aus einem nicht mehr bestehenden Atomabkommen, weil die USA einseitig im Jahr 2018 ausgestiegen sind – Sanktionen gegen den Iran in Kraft setzen, weil er sich nicht so verhält, wie man es von ihm verlangt.

Die USA und Israel im Gespann mit einigen europäischen Staaten treten gegenüber den

Staaten Westasiens – und nicht nur dort – in alter imperialer kolonialer Manier auf und verlangen Unterwerfung, Rohstoffe, Transportwege, Territorien, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Vor der Welt beklagen sie, «die Last des weissen Mannes» tragen zu müssen, weil in Westasien angeblich nur Terroristen, Lügner, Kriminelle und ewige Nörgler seien, die sich «wie Tiere benehmen», so der US-Sonderversmittler für Syrien und Libanon *Tom Barrack* in einem Pressegespräch mit Journalisten in Beirut. «Verhalten Sie sich zivilisiert», sagte er zu ihnen. Sonst würden er und seine Delegation den Raum verlassen.

Herr Barrack hatte wohl vergessen, wo er sich befand, als er das sagte.

Er war in Libanon, der Heimat der Journalisten, die ihm gegenüberstanden.

Er und seine Delegation waren zu Gast, sie waren nicht die Herren im Haus.

Er und seine Delegation waren zudem gekommen, um einem Teil der Libanesen ihr Land, ihre Existenzgrundlagen im fruchtbaren Süden entlang der «Blauen Linie» zu nehmen und in eine «Freihandelszone» zwischen Israel und Libanon zu verwandeln.

Die Libanesen haben allen Grund, ihre Heimat zu verteidigen, denn sie ist in Gefahr. Nicht die Libanesen sind seit Jahrzehnten immer wieder in Israel einmarschiert, es wa-

Was steckt hinter den Kulissen des Alaska-Gipfels und wie geht es weiter?

von Alexander Kouzminov*, Neuseeland



Alexander Kouzminov
(Bild Screenshot)

Hinter jedem grossen Ereignis, hinter jedem Staatsmann, der an diesen Ereignissen beteiligt ist, steht der Geheimdienst.

Die Reise des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu seinem Treffen mit Präsident Donald Trump war nicht spontan. Die Tagesordnung des Alaska-Gipfels und das Pro-

tokoll wurden lange im voraus vorbereitet und nicht spontan – und angeblich auf Initiative von Trump, wie es der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Dem Treffen der beiden Präsidenten gingen ein Austausch von Geheimdienstinformationen und vertrauliche Konsultationen voraus.

Der Gipfel – hinter den Kulissen

Vorbereitung und Austausch vertraulicher Informationen

Dem Treffen in Alaska ging viel Arbeit voraus:

* Dr. Alexander Kouzminov ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des sowjetisch-russischen Auslandsgeheimdienstes. Er hat einen Dokortitel in Biowissenschaften der Lomonossow-Universität Moskau. Seit 1994 lebt er in Neuseeland, wo er sich als hochqualifizierter und erfahrener Umweltexperte (Biosicherheit) etabliert hat. Er verfügt über umfangreiche Erfahrungen sowohl in der neuseeländischen Zentralregierung als auch in der Privatwirtschaft als Seniorberater, Senioranalyst, Direktor und Geschäftsführer. Er hat an einer Reihe von Dokumenten zur Umwelt- und Biosicherheit/ Bioabwehrpolitik (in Neuseeland und international) mitgewirkt, darunter die aktuellen neuseeländischen Trinkwassernormen und die Politikforen der Unesco. Neben seiner beruflichen Tätigkeit ist er Autor des Buches «Biological Espionage: Special Operations of the Soviet and Russian Foreign Intelligence Services in West», das 2005 in London und New York veröffentlicht und in viele europäische Sprachen übersetzt wurde.

- fünf Treffen zwischen Steve Witkoff, dem Sonderbeauftragten von Präsident Trump für die Ukraine und den Nahen Osten, und Präsident Putin: 11. Februar (3,5 Stunden), 13. März, 11. April (4,5 Stunden), 25. April (3 Stunden), 6. August,
- direkte Telefongespräche zwischen Trump und Putin: 18. März (2,5 Stunden), 19. Mai, 4. Juni (1,15 Stunden), 14. Juni (etwa 1 Stunde), 3. Juli (1 Stunde).

Die folgenden Hauptthemen wurden diskutiert und sind offiziell bekannt:

- Aussichten für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten,
- Beilegung des russisch-ukrainischen Konflikts,
- Rüstungskontrolle und globale Sicherheitsfragen.

Es gab Themen, die der Öffentlichkeit bekannt waren und an denen Trump und Putin arbeiten werden, darunter:

1. der Prozess der schrittweisen Aufhebung der US-Sanktionen gegen Russland;
2. grosse gemeinsame Projekte;
3. die Herbeiführung eines langfristigen Friedens in der Ukraine;
4. ein Rahmenwerk für Sicherheitsgarantien für die Ukraine;
5. die Bedingungen, unter denen Punkt (1) und Punkt (2) in Kraft treten, nämlich wenn die Beilegung des Konflikts in der Ukraine beginnen wird (Insiderinformationen).

Es ist durchaus möglich, dass Putin der Initiator des Treffens in Alaska war, aber dass er es Trump überliess, über den Ort zu entscheiden und ihn dann in den Medien öffentlich bekanntzugeben.

Wichtige Ereignisse vor dem Gipfel, dem eigentlichen Treffen und danach

Teilnehmer der Delegation

Der Kreml gab die Zusammensetzung der russischen Delegation am Vorabend des Gipfels, am 14. August, um etwa 22:00 Uhr Moskauer Zeit bzw. 07:00 Uhr Washingtoner Zeit bekannt.

Die russische Delegation bestand aus folgenden Personen:

Wladimir Putin – Präsident der Russischen Föderation, und:

1. Sergej Lawrow – Aussenminister der Russischen Föderation
2. Juri Uschakow – aussenpolitischer Berater,
3. Andrej Beloussow – Verteidigungsminister,
4. Anton Siluanow – Finanzminister,
5. Kirill Dmitriev – Leiter des Russian Direct Investment Fund.

Die amerikanische Delegation wiederum war Moskau bekannt, jedoch wurde die Liste der amerikanischen Teilnehmer von Amerika selbst bekannt gegeben.

Die Taktik des Kremls bestand offenbar darin, die Gegner des Treffens bis zum letzten Moment im unklaren darüber zu lassen, wer neben Putin an den Verhandlungen teilnehmen würde, damit die Gegner eine umfassende Diskussion der Themen des Treffens nicht verhindern konnten.

Die Verhandlungen sollten zunächst «von Angesicht zu Angesicht» (Putin und Trump, einschliesslich Dolmetscher) und dann nach der «5-mal-5»-Formel stattfinden, was bedeutet, dass neben den Präsidenten fünf Teilnehmer aus jeder Delegation sowie eine Gruppe von Experten (von jeder Seite) an den Verhandlungen teilnehmen würden.

Auch die Dauer des Gipfels wurde vereinbart: mindestens 6–7 Stunden.

Am Nachmittag des 14. August (Washingtoner Zeit) gab das Weisse Haus die vollständige Zusammensetzung der amerikanischen Delegation bekannt, bestehend aus:

Donald Trump – Präsident der Vereinigten Staaten, und:

1. Marco Rubio – Aussenminister,
 2. Steve Witkoff – Sonderbeauftragter für Friedensmissionen,
 3. Scott Bessent – Finanzminister,
 4. Howard Lutnick – Handelsminister,
 5. John Ratcliffe – Direktor der CIA.
- Die vollständige (vorläufige) Liste der US-Delegation umfasste 16 Personen, darunter der Vizepräsident, der Verteidigungsminister, der

Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, der Stabschef des Weissen Hauses, der stellvertretende Stabschef, der Pressesprecher und mehrere andere Beamte aus Trumps engstem Kreis.

Vor seinem Abflug nach Alaska veröffentlichte Präsident Donald Trump in seinem sozialen Netzwerk Truth Social einige Worte und Ausrufe, darunter «High Stakes!!!» [Es steht viel auf dem Spiel]. Dies war ein Zeichen dafür, dass die Tagesordnung des Treffens sehr wichtig und umfangreich war.

Während Putins Flugzeug nach Anchorage flog (Flugdauer etwa 10 Stunden), änderte die amerikanische Seite das Format des Treffens – nur wenige Stunden vor Beginn! Dies geschah auf Drängen von Aussenminister Marco Rubio. Rubio bestand darauf, das Format des Treffens zu verkürzen.

Anstelle eines «Tête-à-Tête» zwischen Trump und Putin mit weiteren Verhandlungen im «5-mal-5»-Format wurde das Format in «3-mal-3»-Verhandlungen geändert, an denen beide Präsidenten teilnahmen.

Die «3-mal-3»-Formel setzte sich wie folgt zusammen:

Russland:

1. Wladimir Putin – Präsident der Russischen Föderation
2. Sergej Lawrow – Aussenminister
3. Juri Uschakow – Aussenpolitischer Berater USA:

1. Donald Trump – Präsident der Vereinigten Staaten
2. Marco Rubio – Aussenminister
3. Steve Witkoff – Sonderbeauftragter für Friedensmissionen.

Was ist denn daran so besonders? Es gibt einen grossen Unterschied, und der ist sehr bedeutend.

Meine Vermutung ist, dass die Gegner einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Putin und Trump in letzter Sekunde beschlossen haben, ihnen keine Gelegenheit zu einem «Einzelgespräch» zu geben, um zu verhindern, dass sie zu den sensibelsten (wichtigsten) Themen des Gipfels Vereinbarungen treffen.

Fortsetzung auf Seite 7

«Die Verteidigung der Heimat ...»

Fortsetzung von Seite 5

ren die israelischen Truppen, die 1982 bis Beirut kamen und in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ein Massaker zuliessen, verübt von christlichen Milizen, die sich mit Israel verbündet hatten.

Nicht die Libanesen haben 18 Jahre lang Israel besetzt, sondern die israelische Armee besetzte Libanon, bis sie sich 2000 zurückzog. Bis heute werden die wasserreichen Scheebafarmen am Fusse des Bergs Hermon von Israel besetzt gehalten. Der Berg Hermon, den die Menschen der Region Jbeil Scheich nennen, den Berg des Scheichs. Wie ein Scheich, ein muslimischer Prediger, der ein weisses Tuch auf dem Kopf trägt, trägt der Jbeil Scheich im Winter und oft noch bis in den Sommer eine weisse Haube aus Schnee auf seiner Bergspitze.

Die Libanesen haben allen Grund, ihre Heimat zu verteidigen, denn Israel hält erneut Land in Südlibanon besetzt und bombardiert täglich Ziele in Libanon, tötet Menschen. Die Libanesen sehen, was den Palästinensern geschieht und wie es den Syrern ergeht, denen das Land genommen, die Lebensgrundlagen zerstört werden. Die vertrieben werden, wenn sie sich nicht unterwerfen.

Die Menschen der Region, die Staaten, alle haben das Recht, ihr Leben, ihr Land, ihre Zukunft selbst und jenseits westlicher oder US-amerikanischer oder israelischer Perspektiven zu gestalten. Doch was ist, wenn sie unterliegen, wenn sie verlieren, wenn ihnen die Waffen genommen, die Lebensgrundlagen vernichtet, die Häuser, die Schulen, die Kliniken zerstört werden? Was, wenn ihnen die Rechte auf politische Teilhabe verweigert werden, weil sie einer anderen Religion angehören, wenn sie ausgegrenzt, verhöhnt werden?

In einem Interview wurde ich neulich gefragt, ob es für die Menschen im Gaza-Streifen, die so viel Leid erfahren müssten, die

alles verloren hätten, nicht besser sei, sie würden den Gaza-Streifen freiwillig verlassen, um in einem anderen Land ein besseres Leben zu finden.

Diese Frage habe ich an Palästinenser in Lagern in Libanon weitergegeben, die alle, auch nach 50 und mehr Jahren, noch immer darauf hoffen, in ihre Heimat in Palästina zurückkehren zu können.

Ein Gesprächspartner erinnerte sich, wie er früher in seinem Familiendorf bei Haifa, Palästina, als Kind mit seinem Vater und dessen Brüdern und Nachbarn abends zusammensitzen durfte und ihren Geschichten zuhörte. Eine Gesprächspartnerin, 70 Jahre alt, erzählte mir, wie sie ihren Grossvater im Dorf in den Hühnerstall begleiten und die Eier aus den Nestern einsammeln durfte. Ein Mann sah mich nachdenklich an und zeigte mir dann ein Video auf seinem Handy, das ein Journalist im Gaza-Streifen von einem Jungen gemacht hatte. Der Junge könne viel besser erklären, warum sie ihre Heimat nicht verlassen wollten.

Der Junge, vielleicht 12 Jahre alt, stand zwischen Trümmern, als der Journalist ihn fragte, ob er bleiben wollte. Trotz der Schmerzen, wir bleiben, so der Junge. Der Journalist fragte: Und die Zerstörung? Das hier ist unser Zuhause, wir werden hierbleiben, sagte der Junge.

Dann begann er zu singen:

«Wir werden bleiben, damit der Schmerz vergeht, wir werden wieder aufblühen und die Melodie wird schöner werden. Meine Heimat, meine Heimat, meine Heimat.

Meine Heimat, du bist eins mit mir.

Trotz der Pläne der Feinde, trotz aller Sorgen, werden wir nach einem besseren Leben streben, auf dem Weg zu einem grossen Ziel. Und eines Tages werden wir wirklich die beste Nation unter allen Nationen sein.

Wir werden hierbleiben, damit die Schmerzen vergehen, damit die Melodien wieder schöner werden. Ihr Erinnerungen von gestern, wie schwer ist die Sehnsucht zu ertragen. Unsere Sehnsucht ist stärker geworden als unser Leid.

Sag' doch, warum sind die Mauern um uns so still geworden? Haben sie aufgegeben und vergessen? Die Fremdheit unserer Seelen ist schwer.»

Die Tränen konnte der Junge kaum zurückhalten, als er anfang zu singen und während er sich beim Singen umsah. Doch um so stärker wurde seine Stimme, und er beendete das Lied mit einem Lächeln.

Ja, er wisse, dass Trump kommen und den Gaza-Streifen umbauen wolle, so der Junge auf die Frage des Journalisten. Aber er werde es nicht können, wir sind hier, so der Junge, wir werden bleiben. Unter dem Baum dort zu wohnen ist besser, als unser Land zu verlassen.

Die Begegnung zwischen dem Jungen und dem Journalisten in den Trümmern von Gaza zeigt, dass es doch Menschlichkeit und auch Vernunft in den umkämpften Ländern im östlichen Mittelmeerraum gibt. Es gibt Herz und Verstand, denn der Journalist hat mit dem Jungen gesprochen, seinem Lied zugehört, es aufgenommen, damit die Seinen im Land und ausserhalb, damit auch wir ihn hören, ihn sehen können.

Mit seinem Lied verteidigt er seine Heimat, auch wenn sie in Trümmern liegt.

Er verteidigt auch sich selbst, sein Recht auf Leben in seiner Heimat, auf seine Zukunft.

Und er verteidigt seine Familie, seine Herkunft.

Denn diese Hoffnung, diesen Willen haben seine Eltern und die Generationen vor ihm dem Jungen überlassen, damit er sein Leben gut und stark, mit Vernunft und Menschlichkeit wiederaufbauen kann.

Wir sollten zuhören, es sollte uns zum Nachdenken bringen.

Auch über unser europäisches Leben, das so fremd geworden ist.

Jedes Land Westasiens kann so eine Geschichte erzählen. Das Lied des Jungen aus Gaza ist ein Beispiel für all die Menschen, deren Heimat in Gefahr ist.

Als Journalistin berichte ich darüber, weil dieser Junge jedes Recht auf seine Heimat hat,

auf eine gute Zukunft. Wir müssen alles tun, um dieses Recht mit ihm und für ihn und die Seinen einzufordern und zu verteidigen.

Das sagt das Herz und der Verstand.

Vielen Dank!

•



ISBN 978-3-910568-15-0

Karin Leukefeld legt in ihrem Buch dar, wie das Gebiet zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Persischen Golf nach Ende des Ersten Weltkriegs unter den Einfluss geopolitischer Interessen geriet. Als 1948 der Staat Israel gegründet wurde, übernahmen die USA und ihre europäischen Verbündeten die Kontrolle über die Region, die auf Grund ihrer geostrategischen Lage von grossem Interesse war und es nach wie vor ist. Das erklärt auch, warum Israel trotz seines grausamen, mörderischen Agierens immer noch von westlichen Ländern in Schutz genommen und weiterhin mit Militärausrüstung beliefert wird. Einen Frieden wird es so nicht geben.

Karin Leukefeld, Jahrgang 1954, ist Ethnologin, Islam- und Politikwissenschaftlerin sowie Historikerin. Seit 2000 arbeitet sie als freie Korrespondentin. Ihre Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten.

«Was steckt hinter den Kulissen ...»
Fortsetzung von Seite 6

Die Hauptfigur hinter den Kulissen war Aussenminister Marco Rubio. Seine «versteckte» Rolle in den Verhandlungen war die eines «Wachhundes». Rubio ist ein glühender Russophober. Er ist einer der wichtigsten «Falken» in der Aussenpolitik und möglicherweise ein einflussreicher Akteur hinter den Kulissen der USA (dem «Deep State» der USA).

Putin und Trump haben ihre Gegner, die gegen eine Vertiefung ihrer Beziehungen waren, an die Wand gespielt

Der erste interessante Punkt:

Es ist anzunehmen, dass Putin und Trump es schliesslich geschafft haben, die geplanten Themen zu besprechen. Dazu hatten sie während einer gemeinsamen Fahrt zum Gipfel in Trumps Limousine «The Beast»¹ Gelegenheit, Informationen auszutauschen.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese gemeinsame Fahrt nicht spontan von Trump initiiert wurde, sondern im voraus von Putin und Trump vereinbart worden war.

Putin profitiert davon, wenn Trump auch nach 2028 US-Präsident bleibt, daher nutzt Putin Gelegenheiten, um Trumps Popularität sowohl innerhalb der USA (unter den Wählern) als auch auf internationaler Ebene zu steigern. Deshalb kommt Putin Trump öffentlich entgegen, um dessen Beliebtheit zu steigern, beispielsweise indem er ihn zum Initiator eines Treffens macht, was von Trump selbst öffentlich betont wird.

Ich stelle fest, dass solche Gesten niemals zu 100% spontan sind. Putins Föderaler Sicherheitsdienst und Trumps Geheimdienst hatten sich lange vor dem eigentlichen Treffen auf die Details des Treffens und der Reise geeinigt. Für Aussenstehende ist es eine «Überraschung», für die Sicherheitsdienste jedoch ein kalkuliertes Risiko.

Zehn Minuten in «The Beast» reichten aus für einen völlig geheimen Meinungsaustausch zu Schlüsselthemen des eigentlichen Treffens, die nicht für neugierige Ohren bestimmt waren.

Ich schliesse auch nicht aus, dass Putin einige sehr wichtige zuverlässige Informationen für Trump weitergegeben hat, die vom russischen Auslandsgeheimdienst (SVR) beschafft wurden – beispielsweise über die Pläne der europäischen Staats- und Regierungschefs in dokumentierter Form (z. B. auf einem elektronischen Medium, einem USB-Stick).

Der zweite interessante Moment ist das, was Trump während der kurzen Pressekonferenz gesagt hat: «*Putin und ich sind uns in den meisten Fragen einig. Es gibt nur noch ein paar Punkte, die noch diskutiert werden müssen.*»

Es gibt mehrere tausend ungelöste Fragen in den Beziehungen zwischen den USA und Russland, und Trump behauptet, dass er mit Putin in fast allen Fragen eine Einigung erzielt hat – in weniger als drei Stunden!

Man kann also davon ausgehen, dass die anstehenden Fragen bereits vor dem Treffen diskutiert und gemeinsam gelöst worden waren (vielleicht durch Steve Witkoff, Trumps Sonderbeauftragten?).

Der dritte interessante Punkt ist, dass Putin seine Rede auf dem Gipfel geändert hat.

Von der geplanten Rede hat Putin vier Seiten seines Textes beiseitegelegt. Dies geschah, nachdem er gesagt hatte, dass Moskau darauf zähle, dass Kiew und die europäischen Länder Versuche ablehnen würden, den sich abzeichnenden Fortschritt bei der Beilegung des Konflikts in der Ukraine durch ihre Provokationen und Intrigen zu stören.

Putin sagte wörtlich: «*Wagen Sie es nicht, Provokationen zu inszenieren, um den laufenden Verhandlungsprozess für eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ukraine zu stören.*» Trump hörte an dieser Stelle sehr aufmerksam zu und nickte.

Die Schlussfolgerung lautet also, dass Putin über zuverlässige Informationen des SVR über bevorstehende Provokationen der Ukraine verfügt und dass europäische Staats- und Regierungschefs tatsächlich dahinterstehen. Höchstwahrscheinlich hat Putin diese Informationen vor dem Treffen an Trump weitergegeben.

Nach der Pressekonferenz hielt Putin einen Stapel Papiere in den Händen. Eines der Blätter war handschriftlich, mit einigen hervorgehobenen Wörtern und thematischen Blöcken.

Vielleicht enthielt es Informationen über Provokationen, die Putin in letzter Minute nicht öffentlich machen wollte.

Übrigens, warum ist Trumps Übersetzer während dieses Gesprächs nicht anwesend?

Putin über Trumps persönliche Sicherheit: «*Donald, du bist Zielscheibe!*»

Bei der Pressekonferenz begann Putin mit den Worten: «*Hallo, Nachbar! Ich freue mich, dass du bei guter Gesundheit bist und dass du lebst!*» Seine Worte lassen sich wie folgt interpretieren: «Donald, du bist Zielscheibe!», und das jetzt besonders nach dem Gipfeltreffen in Alaska.

Denken Sie einmal darüber nach – wie kann man so etwas öffentlich vor der ganzen Welt sagen, während man neben Trump steht! Vielleicht weiss Putin (auf Grund von Informationen des SVR), dass weiterhin Attentate auf Trump vorbereitet werden, und Putin hat dies offen ausgesprochen.

Meine Vermutung ist, dass Trump, bevor er Präsident wurde, einen Deal mit dem «Deep State» der USA geschlossen hat. Das ist offensichtlich, sonst hätten die Globalisten Trump nicht erlaubt, Präsident zu werden. Anscheinend war der erste Punkt in Trumps Vereinbarung mit dem «Deep State» eine Lebensversi-

«Noch ist nichts entschieden. Wir sollten nicht glauben, dass das Treffen in Alaska sofort zu einer ernsthaften wirtschaftlichen Entwicklung und friedlichen Regelungen führen wird. Es gibt Hoffnung, aber keine Garantie. Alles, was wir uns erhoffen können, kann zu weiteren Dialogen ohne echte, positive Ergebnisse führen. Selbst kurzfristige Prognosen sind derzeit sinnlos. Die echte Weltpolitik wird hinter den Kulissen gemacht, wo die Geheimdienste operieren.»

cherung, während er Aussen- und Innenpolitik betreibt. Nachdem er Präsident geworden war, hörten die Attentatsversuche gegen Trump auf. Aber Trump begann, gegen einige Punkte der Vereinbarung zu verstossen – zum Beispiel mit der Annäherung an Russland.

Daher Putins Worte im Live-Fernsehen, die in erster Linie für den «Deep State» bestimmt waren – mit der Bedeutung: «Wir wissen, dass ihr eine Verschwörung und Attentatsversuche vorbereitet, und du, Donald, bist wieder Zielscheibe!»

Der vierte interessante Punkt ist, dass wir skeptisch sein sollten, wenn Trump vor der Presse am Mikrofon steht. Es ist seine Taktik, einen Informationsnebel zu erzeugen.

Bevor er nach Anchorage fliegt, um sich mit Putin zu treffen, gibt Trump am Flughafen von Washington unter dem Dröhnen von Flugzeugen ein Interview. Er erklärt, dass das Hauptthema für ihn bei diesem Treffen ein Waffenstillstand in der Ukraine ist und dass er, wenn er keine Einigung mit Putin erzielen kann, sehr verärgert sein wird, die Sanktionen fortsetzen wird usw.

Warum unter dem Lärm der Flugzeuge? Damit Trump, wenn er an seine Worte erinnert wird, diese in seiner üblichen Art und Weise zurückweisen und sagen kann: Man hat mich missverstanden, ich habe etwas Falsches gehört usw.

Unmittelbar nach dem Gipfeltreffen ruft Trump die europäischen Staats- und Regierungschefs an und erklärt: Es wird vorerst keinen Waffenstillstand in der Ukraine geben, aber wir werden gemeinsam daran arbeiten, einen langfristigen, nachhaltigen Frieden in der Ukraine zu erreichen, und zwar im Rahmen eines trilateralen Treffens, und dann richtete er weitere erfreuliche Worte an *Selenski* und an Europa.

Das ist das Ergebnis von fast drei Stunden Verhandlungen mit Putin – was für eine Überraschung!

Wir können daraus schliessen, dass Trump mit den europäischen Staats- und Regierungschefs – den Sponsoren der Fortsetzung des Konflikts in der Ukraine – spielt und sie in die Irre führt. Er will seine Karten nicht auf den Tisch legen, nämlich die Vereinbarungen, die er bereits mit Putin getroffen hat (Witkoffs Besuche in Moskau, Informationen des Geheimdienstes (SVR) an Trump usw.).

Der fünfte interessante Punkt ist, dass das Protokoll für das Treffen im voraus genehmigt wurde. Trump sollte als Gastgeber Putin bei seinem Besuch auf dem Friedhof in Anchorage begleiten, wo sowjetische Piloten begraben sind, die während des Zweiten Weltkriegs

beim Transport amerikanischer Flugzeuge von Alaska nach Sibirien ums Leben kamen. Trump tat dies nicht und kehrte nach dem Gipfeltreffen sofort nach Washington zurück. Warum?

Die Antwort lautet: Wenn Trump nach dem Treffen nicht weggefliegen, sondern in Anchorage geblieben wäre und Putin begleitet hätte, wäre dies ein Schock für die politische Elite Europas gewesen! Es wäre als Zeichen dafür gewertet worden, dass Trump weitgehend, wenn nicht sogar vollständig auf Putins Seite steht, und dass etwas dagegen unternommen werden muss!

Erste Ergebnisse des Gipfeltreffens (kurze Zusammenfassung)

1. Es gab einen öffentlichen Durchbruch hinsichtlich der diplomatischen Isolation Russlands.

Putin hat den «Damm» durchbrochen, den die Globalisten in der politischen Elite Europas errichtet hatten, um eine Annäherung der beiden Präsidenten zu verhindern.

Interessante Insider-Informationen: Einige Mitglieder von Putins Kontaktgruppe, die auf russischer Seite an der Vorbereitung des Gipfels beteiligt waren, erhielten erhebliche Anreize für sich selbst.

2. Trump unterstützte öffentlich die russische Position hinsichtlich der Bedingungen für den Abschluss eines Friedens zwischen Russland und der Ukraine.

– Trumps Position vor dem Gipfel: zuerst ein Waffenstillstand, dann, unter den Bedingungen des Waffenstillstands, Verhandlungen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrags.

– Nach dem Gipfel übernahm Trump die Position des Kremls: ein schneller Frieden, aber auf einer soliden Grundlage, die der Kreml für solide hält.

Das schwache Element ist die Zeit. Trump hat wenig Zeit, um eine Position für eine friedliche Lösung einzunehmen. Im März 2026 beginnen die Vorbereitungen für den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten. Die Republikaner und Trump müssen eine Position entwickeln, einschliesslich einer internationalen Position, um diese als ihr Programm für die Zwischenwahlen am 3. November 2026 zu bewerben und 2028 zu gewinnen. Andernfalls wird das Projekt «Donald Trump – wieder Präsident» (oder sein Nachfolger, Vizepräsident *J.D. Vance*?) *ad acta* gelegt. Derzeit herrscht keine Einigkeit in der Republikanischen Partei.

3. Trumps Druck auf die Europäische Union.

Eine Form dieses Drucks besteht darin, dass Trump den europäischen Verbündeten bereits klagemacht hat, dass amerikanische Militärstützpunkte geschlossen werden (nur in Deutschland und Polen bleiben sie bestehen). Die USA werden Europa nicht mehr unterstützen (wirtschaftlich, militärisch).

4. Nachhaltiger Frieden oder Waffenstillstand?

Das Konzept eines «nachhaltigen und langfristigen Friedens» ist für den Kreml vorteilhafter als das eines «Waffenstillstands», da es Folgendes kombinieren kann:

– Russlands bedeutenden Einfluss auf der internationalen Bühne;

– die Verhandlungen ausgewogener, gründlicher und ohne Zeitdruck führen und gleichzeitig weiterhin militärischen Druck auf die ukrainische Führung auf dem Schlachtfeld ausüben.

Der Kompromiss wird für einige Zeit bestehen bleiben. Es wird langsame, aber stetige Fortschritte in Richtung einer friedlichen Lösung des Konflikts in der Ukraine geben.

Ein solcher Kompromiss hat viele Nachteile. Sein grosser Vorteil besteht darin, dass keine Menschen mehr sterben und die Infrastruktur der Ukraine und Russlands nicht zerstört wird. Man sollte jedoch nicht damit rechnen, dass die militärischen Aktionen bald eingestellt werden.

5. Sanktionen.

Die Frage der Aufhebung der US-Sanktionen gegen Russland wurde vorerst vertagt.

6. Gemeinsame amerikanisch-russische Grossprojekte.

Amerika ohne wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland wieder gross zu machen, wird nicht funktionieren. Trump und Putin haben sich auf solche Projekte geeinigt (Witkoffs Besuche bei Putin usw.). Dazu gehört die Zusammenarbeit in den Bereichen Welt- raum, Technologie und insbesondere in der Arktis.

Im Jahr 2025 unternahm Putin vier Reisen in die nördlichen Arktisregionen Russlands, darunter am Tag vor und unmittelbar nach dem Gipfeltreffen in Alaska. In Russland wurden folgende Einrichtungen geschaffen: der Investitionsfonds für die Entwicklung der Arktis und die Strategie für die Entwicklung der Arktisregion Russlands.

In bezug auf Zentralasien: Unmittelbar nach dem Treffen führte Putin (telefonische) Gespräche mit den Staats- und Regierungschefs von Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan, Weissrussland, Indien, Brasilien und Südafrika. Mit dem Ergebnis, dass – diese Länder an gemeinsamen Projekten teilnehmen werden,

– die Rolle Russlands in Zentralasien und damit in Eurasien – einer für Russland wichtigen wirtschaftlichen und geopolitischen Region – gestärkt wird.

Heisse Wirtschaft: Zentralasien (und damit das Herzstück Eurasiens) hat für Russland eine bedeutende wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung (z. B. als Quelle für Rohstoffe, Energie, Lieferungen von russischem Öl und Gas), Investitionen, Verkehrsinfrastruktur, Handelskanäle mit China und anderen eurasischen Ländern.

Eurasien ist auch für die Vereinigten Staaten von entscheidender Bedeutung. Ohne Eurasien werden die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein, um die globale Führungsrolle zu konkurrieren. In dieser Region werden Russland und die Vereinigten Staaten nach Punkten von gemeinsamem Interesse und Kompromissen suchen.

Was ist zu erwarten?

Noch ist nichts entschieden. Wir sollten nicht glauben, dass das Treffen in Alaska sofort zu einer ernsthaften wirtschaftlichen Entwicklung und friedlichen Regelungen führen wird. Es gibt Hoffnung, aber keine Garantie. Alles, was wir uns erhoffen können, kann zu weiteren Dialogen ohne echte, positive Ergebnisse führen. Selbst kurzfristige Prognosen sind derzeit sinnlos. Die echte Weltpolitik wird hinter den Kulissen gemacht, wo die Geheimdienste operieren.

Dennoch:

– Die Ukraine wird zusammen mit der europäischen politischen Elite versuchen, die Vereinbarungen zwischen Putin und Trump zu beeinflussen und den Verhandlungsprozess über eine friedliche Beilegung des Ukraine-Konflikts zu stören.

– Selenski wird eine Entscheidung treffen müssen: entweder den von Trump unterstützten Bedingungen Russlands zuzustimmen oder Putins Angebot abzulehnen. Selenski befindet sich in einer Zugzwangssituation (eine Situation, in der jeder Zug eines Spielers seine Position verschlechtert): Egal, was er tut, er wird politisch gebrochen und zum Frieden gezwungen werden.

– Die Ukraine wird gemeinsam mit Europa versuchen, Einfluss auf die Vereinbarungen zwischen Putin und Trump zu nehmen und den Verhandlungsprozess über eine friedliche Beilegung des Ukraine-Konflikts zu stören.

– Die gesamte politische Elite Europas verliert. Sie können sich nicht als national orientierte Führungspersönlichkeiten behaupten.

– Trump wird seine Taktik fortsetzen, eine Informationsnebelwand zu errichten. Es werden keine öffentlichen Details über seine tatsächlichen Pläne bekanntgegeben (zumindest bis März 2026 – Vorbereitungen für die Zwischenwahlen am 3. November 2026), da sonst der «Deep State» der USA seine Pläne vereiteln würde.

Warten wir auf Überraschungen ...

¹ <https://ria.ru/20250816/ssha-2035718505.html> – siehe das kurze Video (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Über Lieferketten des Lebens

von Hans-Christof von Sponeck*



Hans-Christof von Sponeck (Bild kpe)

Wir leben in einer Zeit schwerwiegender Herausforderungen und Widersprüche, denen wir begegnen müssen.

Unsere Erde und der Mensch, wo immer er lebt, stehen zurzeit grossen Gefahren gegenüber. Nicht Panik, sondern die Tatsache dieser Feststellung führt mich zu der Frage: Was muss getan werden und von wem, um Wege zu finden, die für alle Menschen zu einer sicheren und gerechteren Welt führen?

Zeitalter der Aufklärung

«Unsere» Welt – mit unserer Welt meine ich die Welt des heutigen Westens – ist gekennzeichnet durch das Zeitalter der Aufklärung. Ausgelöst durch die Französische Revolution ging es im 18. Jahrhundert in Europa um die Beendigung des Feudalismus des Adels und der Kirche und der Standesunterschiede. Es ging um Freiheit statt Leibeigentum, um Bürgerrechte und Gleichheit. Der Mensch sollte zum Mittelpunkt des Geschehens werden.

Bürger, abhängig und meist arm, drangen darauf, dass der Staat bereit sei, für sie Freiheit und Fortschritt zu ermöglichen. Intellektuelle der Zeit – da gab es viele in Grossbritannien, Frankreich, in dem entstehenden Deutschland und anderswo – unterstützten diese Aufschreie der Bevölkerungen. Sie sprachen vom machbaren ewigen Frieden, vom Glauben an das grundsätzlich Gute im Menschen, das durch Erziehung geschützt werden müsse, sie wiesen hin auf die Gleichheit aller Menschen, auf ihre bürgerlichen und religiösen Freiheiten ... und sogar auf die Berechtigung ihres Strebens nach Glück. Niemand sollte über dem Gesetz stehen.

Es war *Immanuel Kant*, der grosse Friedensaktivist seiner Zeit, der bedeutete, dass es Mut und Vernunft brauche, um sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. «Aufklärung» habe zu tun mit dem Entkommen des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Dieses Erwachen, dieses bürgerliche Aufbäumen, dieser welt-historische Umbruch im Denken der Menschen vor über 200 Jahren sind in ihrer Bedeutung nicht nur von zeitloser Wichtigkeit, sondern von profunder Relevanz für das Leben im 21. Jahrhundert.

Folgen inter-kontinentaler Gemeinsamkeit

Die Welt im Zeitalter der Aufklärung des 18. Jahrhunderts war eine kleine west-zentrierte Welt. Es gab keine inter-kontinentale Gemeinsamkeit. Heute gibt es diese. Damit ist der Rahmen für Aufklärung in unserem Zeitalter viel umfassender, viel komplexer und viel heterogener. Der Mensch ist immer mehr in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt. Machtpolitik, Kriege, Ausbeutung, Korruption und Ethnozentrismus haben ihm, dem Menschen, aber erheblich geschadet und seine Lebenschancen stark begrenzt. Im Vergleich zum Zeitalter der Aufklärung hat es gleichzeitig aber für die Menschheit auch weltweit wertvolle Erfolge gegeben, obwohl wir uns gegenwärtig in einer Zeit der politischen Unvernunft befinden.

* *Hans-Christof von Sponeck*, geboren 1939 in Bremen, studierte Demographie und Physische Anthropologie an den Universitäten Bonn, Tübingen und Washington und erhielt 2010 einen Ehrendokortitel der Universität Marburg. Von 1968 bis 2000 war er für die Vereinten Nationen tätig. In dieser Zeit arbeitete er u. a. in New York, Ghana, Pakistan, Botsswana, Indien und war Direktor des Europa-Büros von UNDP in Genf. Von 1998 bis 2000 war er als UN-Koordinator und beigeordneter UN-Generalsekretär verantwortlich für das Programm «Öl für Lebensmittel» im Irak. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik gegen den Irak zurück. Diverse Auszeichnungen und Veröffentlichungen. Im Juli 2024 erschien bei *Stanford University Press* sein neues Buch «*Liberating the United Nations. Realism with Hope*», das er gemeinsam mit *Richard Falk* geschrieben hat.

Die jährlichen sogenannt «Menschlichen Entwicklungsberichte» der Vereinten Nationen, die es seit 35 Jahren gibt, zeigen, dass Menschen in der sich entwickelnden Welt heute sehr viel länger leben. In Malawi hatten die Menschen 1990 eine Lebenserwartung von 48 Jahren. Heute sind es 67 Jahre. Die Schulbildung hat grosse Fortschritte gemacht. In Brasilien gingen Kinder 1990 4,7 Jahre in die Schule. Heute sind es 8,4 Jahre. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen hat sich erheblich verbessert. In Kenia waren es 1990 nur 770 US-Dollar. Heute sind es 5608 US-Dollar (kaufkraftparitätisch angepasst). Erwarten Sie keine Statistiken für Palästina!

Sehr viel international verpflichtendes Recht in allen Bereichen menschlichen Lebens ist geschaffen worden. Da sind die Pakte für zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, da ist die Uno-Charta. Es gibt Rechte für den Schutz von Frauen und für Kinder. Da sind die vier *Genfer Konventionen* und die *Haager Landkriegsordnung* zum Schutz der Menschen in Zeiten des Krieges. Es gibt ein Seerecht und eine Konvention gegen Folter. Diese positiven Fortschritte im Zusammenleben der Menschen haben fraglos ihren Ursprung im Zeitalter der Aufklärung und bleiben in jeder Hinsicht ein Ansporn für die heutige Zeit.

Macht bestimmt die Weltordnung

Denn eine globale Wertegemeinschaft oder Vereinte Nationen, die wirklich vereint sind, gibt es nicht. Die Strasse des menschlichen Fortschritts hat tiefe Schlaglöcher. Das Recht der Macht, nicht die Macht des Rechts, bestimmt weiterhin die Weltordnung. Die politische Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien hat nicht zu einer Entkolonialisierung geführt. Westlicher Unilateralismus hat bisher eine Demokratisierung der Weltordnung verhindert. Völkerrechtsbrüche der Grossmächte in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in der Ukraine und anderswo und die brutale Zerstörung Palästinas durch die Regierung Israels, ermöglicht durch die Vereinigten Staaten, sind bisher straflos geblieben. Weltweite Militarisierung hat dazu beigetragen, dass der soziale Fortschritt, sowohl in den industrialisierten als auch den sich entwickelnden Ländern, stark eingeschränkt ist. Die Klima-Programme und die 17 erneuerbaren Entwicklungsziele bleiben deutlich unterfinanziert. Im Jahr 2024 war, laut dem OECD/DAC, das Gesamtbudget für internationale Zusammenarbeit 212 Milliarden US-Dollar. Das sind 7,8% der globalen Militärausgaben von 2718 Milliarden US-Dollar.

Weitere sich vertiefende Probleme sind der Populismus und der kulturelle Niedergang und die Distanz zwischen Regierungen, Parlamenten und der Bevölkerung in westlichen Ländern. Viele ältere und junge Bürger haben ihr Vertrauen in die Politik verloren.

Hinzu kommen neue Gefahren mit apokalyptischem Potential wie Künstliche Intelligenz und die existierende Nuklearbedrohung. Die Macht einer de-regulierten Weltwirtschaft bestimmt die Politik. Die Politik wiederum nutzt ihre Macht weitgehend, häufig ohne internationales Recht einzuhalten. Urbane Korruption und grenzübergreifende Kriminalität haben Jahr für Jahr zugenommen.

Bürger, und auch manche Regierungen, die meisten von ihnen in der nicht-westlichen Welt, sind besorgt über ihre Sicherheit und ihre Zukunft. Die Vereinten Nationen, d. h. der Sicherheitsrat und die Generalversammlung, haben es in achtzig Jahren nur selten geschafft, Kriege zwischen Ländern und interne Konflikte zu verhindern.

Baustellen muss es überall geben, von Kommunen bis zur Generalversammlung, um dieser Entwicklung ein Ende zu setzen. In Kreisen der Denker wird von einer Weiterführung der Aufklärung gesprochen, in der Annahme, dass das ursprüngliche Ziel der Aufklärung, menschliches Leben menschlicher zu machen, auch das Ziel der Gegenwart bleiben muss.

Lebensweisende Entgegnung

Es geht heute nicht um mehr Beweise des Unrechts. Weder Regierungen noch Bürger brauchen mehr zu wissen über israelische Brutalität in Palästina, über Kriegsverbrechen in dem russisch-ukrainischen Krieg, über Völkerrechtsbrüche im Irak, in Afghanistan und

in Syrien, über Armut in Afrika, über Rassismus und Menschenrechtsverletzungen in den USA, über Umwelt-Kriminalität in Lateinamerika, über Kriegstreiberei in Europa oder die Nuklear-Gefahr Nordkoreas. Es geht um lebensweisende Entgegnung. Es geht um Anpassung, um eine strukturelle, inhaltliche und sittliche Reform, damit eine Weltordnung entstehen kann, die den Menschen Sicherheit und Lebensqualität ermöglicht.

Auf die Frage, wie dies geschehen soll, haben wir alle unsere Antworten. Tatsache ist, dass das Erforderliche für die Umsetzung der Politik bekannt ist.

Es wird mit entscheidend bei der Zivilgesellschaft liegen, diese einzufordern und das dümmliche und verharmlosende Geschwätz der Politiker vom «Umsetzungsdefizit» zurückzuweisen.

Einen Leitfaden für die vielen Baustellen zu finden, auf denen wir, wo immer wir im Leben stehen, mitarbeiten können, hat mir geholfen. In diesem Sinn möchte ich das für die nationale und internationale Wirtschaft bedeutende Lieferkettengesetz als Beispiel ins Gespräch bringen. Formal heisst dieses Gesetz laut der EU: «Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz». Es verpflichtet Unternehmen, weltweit «menschenpflichtige und umweltbezogene Sorgfaltspflichten» einzuhalten. Bemerkenswert und ermutigend ist, dass dieses Gesetz damit offensichtlich eine ethisch-moralische Dimension enthält!

Das «Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz» am Beispiel der Banane

Konkret geht es hier um die Lieferkette für Bananen. Ich weiss, dass ich zu dieser Konferenz nicht eingeladen wurde, um über Bananen zu sprechen. Ich tue dies aber, um darzustellen, dass Bananen offensichtlich menschlicher behandelt werden als die Arbeiter auf den Plantagen Südamerikas und in den Häfen von Costa Rica und Kolumbien und die Seeleute auf den Schiffen, die uns diesen Luxus nach Europa bringen. Für Ernte, Verpackung und Transport der Banane wird von den Händlern sichergestellt, dass die Banane qualitätsgeschützt den Verbraucher erreicht.

Das Liefergesetz für den Bananenhandel schützt auch weitgehend die Hafenarbeiter in Antwerpen und Hamburg, die Lastwagenfahrer und das Lagerhallenpersonal im EU-Bereich. Sie haben Arbeitsverträge, Krankenversicherungen und geregelten Urlaub. Dies sollte auch für die Bananen exportierenden Betriebe Südamerikas und die benötigten Containerschiffe gelten. In Costa Rica und Kolumbien und auf dem Seeweg ist dies aber in keiner Weise der Fall. Es gibt dort kaum Tarifverträge, Löhne werden nach Stunden abgerechnet. Während Leerzeiten in Häfen bleibt der Arbeiter arbeitslos. Unfallschutz und Krankenversicherung gibt es fast keine. Die Bedingungen auf den Seeschiffen, besonders den Schifffahrtslinien der Billigflaggen-Länder, scheinen «moderner Sklaverei» zu gleichen.

D. h., das Bananen-Lieferkettengesetz wird, wenn überhaupt, nur von den importierenden Ländern angewendet. Menschenrechte bei uns, Menschenunrechte woanders. Welch rechtlicher und moralischer Doppelstandard!

Strukturelle, inhaltliche und sittliche Reform, die ich erwähnt habe, muss dazu führen, dass alle Menschen die gleichen Grundrechte geniessen. Und nicht zu vergessen, auch entsprechende Grundpflichten haben, die *Helmut Schmidt* und 27 andere ehemalige Staatsoberhäupter in einer Charta für Menschenpflichten bereits 1997 identifiziert hatten.

In einer Welt, die es geben sollte, aber bisher nicht gibt, würden somit Bananen nur importiert, wenn das entsprechende Lieferkettengesetz weltweit eingehalten wird. Ein ähnliches Bild wird es für die Lieferkettendiskussion über Textilien aus Bangladesch, seltene Erden aus der DR Kongo und Baumwolle aus Brasilien geben.

Grossbaustelle UN-Zukunftspakt

Lebenswichtige Lieferkettengesetze kann es für alle menschlichen Bedürfnisse, ob für den einzelnen Menschen, ein Land, eine Region oder die Welt geben. Jeder kann sich in seinem Lebensbereich für diese einbringen, um damit dem Frieden zu dienen. Fingerzeigen gilt nicht mehr!

RICHARD FALK & HANS VON SPONECK

LIBERATING THE UNITED NATIONS

REALISM WITH HOPE

Hardcover ISBN 978-1-5036-3821-1
Paperback ISBN 978-1-5036-3913-3

«Liberating The United Nations» ist eine gründliche Überprüfung der Gründung und Geschichte der Vereinten Nationen (UN), die jene kritischen Wendepunkte nachzeichnet, welche den Weg zu einer starken und gerechten UN, die sich an das Völkerrecht hält, verschleiert oder von ihm abgebracht haben. Das Buch basiert auf dem umfassenden Fachwissen zweier ehemaliger UN-Insider, *Richard Falk* und *Hans von Sponeck*, und geht über Kritik und Diagnose hinaus, indem es Wege zu einer effektiveren und handlungsfähigeren UN aufzeigt. Der historische Überblick des Buches bietet eine einzigartig breite Perspektive auf die Entwicklung der UN seit ihrer Gründung und wie diese Entwicklung die Weltpolitik widerspiegelt und von ihr definiert wurde.» (Buchrückseite)

Der Zukunftspakt, der im September 2024 von der Uno-Generalversammlung in New York verabschiedet wurde, ist wohl die wichtigste Baustelle für das Wohlergehen der Menschheit im 21. Jahrhundert. Die Charta der Vereinten Nationen bleibt hierbei die Leitplanke der Lieferkette. Die 56 Schwerpunkte des Paktes für Reformen des Multilateralismus befassen sich mit der Struktur der Uno-Legislative, menschlicher Entwicklung, Armutsbekämpfung, Denuklearisierung, Finanzierung, erweiterten Entscheidungsbefugnissen für die Generalversammlung und für den Uno-Gerichtshof.

Die Arbeit an dieser Grossbaustelle hat begonnen.

«Hass und Krieg gründlich verlernen»

Ein Hauch von Engagement ist zu spüren. Konferenzen und Gespräche zu vielen Reform-Themen haben seit 2024 stattgefunden. Alle grossen inter-staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen wie die *Bewegung der Blockfreien Staaten* (NAM), die *Gruppe der 77*, die *Organisation für islamische Zusammenarbeit* (OIC), der *Verband südostasiatischer Nationen* (Asean), die EU, die *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ), *Oxfam*, *Save the Children* und *Amnesty International* haben alle öffentlich versprochen, an dem Reformpakt mitzuarbeiten. Eine wünschenswerte gemeinsame Erklärung zu dem Pakt hat es von den «Permanenten Fünf», China, Frankreich, Russland, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, bisher nicht gegeben, aber alle fünf Regierungen haben sich im letzten September individuell und unterstützend geäussert. Höchst ungewiss ist, wie die USA in der Generalversammlung im September zu dem Thema Uno-Reform Stellung nehmen werden. Die Vertreter Namibias und Deutschlands werden im Auftrag der Generalversammlung als Ko-Vertreter über den genauen Stand der Reform-Arbeit berichten. Sicher ist, die Mehrzahl der Uno-Mitgliedsstaaten wird darauf bestehen, dass diese Reform-Diskussion weitergeführt wird. Das macht Mut.

Ich möchte hier mit einem Zitat der verstorbenen deutschen Bundestagsabgeordneten *Antje Vollmer* enden, das ich durch Zufall gefunden habe: «Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren, einzigartigen und wunderbaren Planeten, der muss Hass und Krieg gründlich verlernen.»

Mit vollem Herzen unterstütze ich diese Worte.

Dynamische Rechtsübernahme: Auf die eigene Rechtssetzungshoheit verzichten?

Interview mit Prof. Dr. iur. Andreas Glaser*



Andreas Glaser
(Bild Screenshot)

mw. Kernpunkt des Rahmenabkommens Schweiz-EU ist die sogenannte dynamische Rechtsübernahme, die Verpflichtung der Schweiz, heute und in Zukunft die Rechtsnormen und die Rechtsprechung der EU zu übernehmen. Im Gespräch mit Professor Andreas Glaser wird deutlich: Das ganze Konstrukt, das angeblich die Souveränität der Schweiz und die direktdemokratischen Rechte des Volkes retten soll, sinkt unter der Lupe des Schweizer Staatsrechtlers in sich zusammen.

Zeit-Fragen: Herr Professor Glaser, es freut mich, mit Ihnen über die bevorstehende Abstimmung über die Abkommen mit der EU zu sprechen. Bisher hiess es immer, mit der dynamischen Rechtsübernahme blieben die Volksrechte weiterhin gewahrt. Das Parlament müsse neues EU-Recht mit einem Bundesgesetz umsetzen, das dem fakultativen Referendum untersteht. Nun erfahren wir, dass Brüssel bei einigen der innenpolitisch einschneidendsten Abkommen das sogenannte Integrationsverfahren durchgesetzt hat. Dabei würden laut Bundesrat EU-Rechtsakte von der Schweiz grundsätzlich direkt angewendet, ohne Umsetzung ins Landesrecht. Sind damit die direktdemokratischen Rechte des Volks ausgeschaltet? Andreas Glaser: Formell bleibt auch beim Integrationsverfahren, jedenfalls im ersten Schritt, das Referendumsrecht gewahrt. Der Gemischte Ausschuss muss auch hier der Rechtsübernahme zustimmen. Wenn dieser Beschluss des Gemischten Ausschusses so wichtig ist, dass er die Zustimmung des Parlaments oder der Stimmberechtigten erfordert, dann gibt es auch beim Integrationsverfahren im ersten Schritt die Möglichkeit, das fakultative Referendum dagegen zu ergreifen. Was ausgeschaltet ist, wäre die zweite Stufe, nämlich gegen das Umsetzungsgesetz das Referendum zu ergreifen, das wird beim Integrationsverfahren nicht gehen, weil der EU-Rechtsakt unmittelbar gilt.

Dann wäre das Parlament verpflichtet, einen wichtigen Beschluss dem Referendum zu unterstellen? Genau. Formell kann man sagen, das Referendum bleibt bestehen. Das Problem bei der ganzen Sache ist aber, und zwar nicht nur beim Integrationsverfahren, sondern insgesamt bei der dynamischen Rechtsübernahme, dass das Parlament und auch das Volk eigentlich verpflichtet sind, der Rechtsübernahme zuzustimmen, sonst gibt es Ausgleichsmassnahmen. Das ist das Spannungsverhältnis oder die Strategie des Bundesrates, der sagt: Formell gibt es weiterhin die Möglichkeit, nein zu sagen. Das stimmt zwar, aber rechtlich besteht eigentlich kein Handlungsspielraum, man muss das EU-Recht ja übernehmen. Beim Äquivalenzverfahren hätte die Schweiz etwas mehr Handlungsspielraum, weil sie hier selbst ein Umsetzungsgesetz formulieren könnte. Aber materiell engt die dynamische Rechtsübernahme grundsätzlich die Spielräume ein. Oder wie die Gegnerinnen und Gegner sagen: Wie gross ist die Freiheit dann noch? So alle drei bis fünf Jahre kann man sich vielleicht einmal ein Nein erlauben und dann Ausgleichsmassnahmen in Kauf nehmen. Aber es kann natürlich nicht zum Dauerzustand werden, dass die Schweiz immer nein sagt. Das wird die EU vermutlich nicht akzeptieren.

Politischer Einfluss des Bundesrates würde grösser werden zu Lasten von Parlament und Volk

Sie regen eine Vorverlagerung des Referendums in den Gemischten Ausschuss an. Was würde das bringen?

* Andreas Glaser ist Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich.

«Es ist höchste Zeit, dass die Befürworter einer engeren Anlehnung an die EU endlich aufwachen»

«Die Schweizer sind unter Druck: von Trump, der EU, hausgemachten Problemen und denjenigen, die den Druck zu instrumentalisieren versuchen. Sie raten, wegen Trumps Pressionen solle sich die Schweiz enger an die EU binden. Zuvor rieten sie, wegen der Pressionen der EU solle sich die Schweiz enger an die EU binden. Was also tun? Wer zwischen zwei gewalttätigen Partnern wählen kann, sollte ein Single bleiben. Singles leben besonders gut, wenn sie ihre Freiheiten für kluge Politik nutzen. [...] Immer mehr Wirtschaftsvertreter und Politiker verstehen, dass der anvisierte Vertrag mit der EU der Lebensqualität und den

Chancen der Schweiz abträglich wäre. Viele wollen das aber nicht offen eingestehen und stecken in einer Schweigespirale. [...] Es ist höchste Zeit, dass die Befürworter einer engeren Anlehnung an die EU endlich aufwachen. Sie sollten Lösungen für die Probleme der Schweiz entwickeln und aufhören, die Probleme des Rahmenabkommens II kleinzureden, indem sie Denkfallen stellen [...]»
Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik, Universität Freiburg (Schweiz)
Quelle: Eichenberger, Reiner. «Ein Ausweg aus der Sackgasse». In: Finanz und Wirtschaft vom 23.8.2025

Ich habe noch kein klares Konzept, wie das aussehen sollte. Ich denke aber, wenn dieses Vertragswerk denn in Kraft treten würde, müsste man versuchen, die Rechte der Stimmberechtigten, aber auch des Parlaments möglichst frühzeitig zu wahren, etwa mit einem Motionsrecht des Parlaments oder einem Initiativrecht des Volkes, mit der Botschaft: Achtung Bundesrat, bitte da schon frühzeitig Widerstand leisten. Oder auch dem Parlament signalisieren: Hier gibt es erhebliche Bedenken. Das ist auch der Gedanke des *Decision Shapings*¹, wo der Bundesrat immer betont, die Schweiz könnte sich schon frühzeitig einbringen. Denn wenn der Bundesrat im Gemischten Ausschuss und dann das Parlament einmal ja gesagt haben zu einer Rechtsübernahme und erst ganz am Schluss, nachdem schon alle Argumente ausgetauscht sind, das Volk noch das Wort hat, dann wird es im Abstimmungskampf wirklich nur noch darum gehen: Ausgleichsmassnahmen ja oder nein, oder wie schlimm ist diese Rechtsübernahme, damit wir das in Kauf nehmen wollen.

Müsste das nicht vom Volk her kommen, mit einer Initiative, oder vom Parlament her? Denn der Bundesrat wird dies nicht in die Wege leiten, oder? Genau so ist es. Der Bundesrat, das sehen wir im Erläuterungsbericht und der Begleitgesetzgebung zum EU-Paket, hat kein Interesse daran, das Verfahren zu ändern. Das heisst, seine Kompetenz, sein politischer Einfluss würde grösser werden zu Lasten der Legislative, weil er in dieser entscheidenden Phase am Anfang, im *Decision Shaping*, der Hauptakteur ist. Das heisst, das Parlament oder die Bürger müssten aktiv werden. Das ist politisch, wenn überhaupt, der einzig realistische Weg.

Würde denn die EU akzeptieren, dass das Volk im Gemischten Ausschuss mitspricht? Ich denke, die innerstaatliche Verteilung Bundesrat, Parlament, Volk wird für die EU nicht so entscheidend sein. Sie interessiert sich für das Ergebnis: Wie oft gibt es bei der Rechtsübernahme Probleme und wie oft läuft es glatt. Denn die dynamische Rechtsübernahme sieht vor – deshalb will die EU sie ja auch –, dass die Schweiz das Recht in 99% der Fälle übernimmt. Sonst müsste man das Ganze ja nicht machen.

Echtes Schiedsgericht oder Instrument zur Durchsetzung der Normen und Interessen der EU?

Zum Schiedsgericht habe ich eine ketzerische Frage. Handelt es sich hier überhaupt um ein Schiedsgericht oder nicht eher um ein Instrument, um die Normen und Interessen der EU durchzusetzen? Ein Beispiel zum Landverkehrsabkommen: Da hat die Schweiz das Recht, den ausländischen Eisenbahnunternehmen freie Trassen zuzuteilen. Aber dabei muss sie den «Grundsatz der Nichtdiskriminierung» einhalten. Wenn sich zum Beispiel das Unternehmen Flixtain an das Schiedsgericht wendet, weil es mit der Zuteilung nicht einverstanden ist, wird dann nicht letztlich der EuGH entscheiden, wie der Grundsatz der Nichtdiskriminierung zu verstehen ist? Vom Ausgangspunkt her ist es schon ein klassisches Schiedsgericht, paritätisch besetzt von beiden Seiten, die dann den Vorsitzenden wäh-

len. Auch könnten Einzelpersonen wie Flixtain sich gar nicht direkt an das Schiedsgericht wenden, sondern nur die EU. Also müsste es Flixtain quasi gelingen, die EU-Kommission dazu zu bewegen, ans Schiedsgericht zu gelangen. Aber auch da gibt es die Durchbrechung, dass das Schiedsgericht immer dann den EuGH einbeziehen muss, wenn EU-Normen auszulegen sind. Und dadurch verliert es natürlich etwas den Charakter eines Schiedsgerichts und bekommt so einen supranationalen Einfluss durch den EuGH, weil das Schiedsgericht ja an dessen Beurteilung gebunden ist. Es sieht zunächst formell sehr stark so aus wie ein Schiedsgericht, aber materiell hat es Züge eines supranationalen Gerichts. Flixtain zum Beispiel müsste ans Bundesgericht gehen. Dann sagt die EU-Kommission vielleicht: Aus irgendwelchen Gründen ist uns diese Frage so wichtig oder für den Eisenbahnverkehr insgesamt von Bedeutung, es geht um die Liberalisierung und so weiter. Wir bringen diesen Fall vor das Schiedsgericht und sagen, die Schweiz habe das bilaterale Recht verletzt. Dann kommt der Mechanismus in Gang, dann wird man wohl, weil es ja um EU-Recht geht, den EuGH einbeziehen und so weiter. Die Ausgleichsmassnahmen würden bewirken, dass Flixtain vielleicht irgendwann tatsächlich zugelassen wird. Wie gesagt, das Schiedsgericht hat schon Elemente eines klassischen Schiedsgerichts, aber es dient sicherlich auch dazu, die EU-Rechtsnormen durchzusetzen. Es ist immer auch vom politischen Ermessen der EU-Kommission abhängig: Ist uns das wichtig, wollen wir jetzt hier mit der Schweiz einen Streit auslösen oder nicht?

Ihres Erachtens hätten die Schiedsrichter viel Macht, wenn die Schweiz und die EU sich nicht einig werden im Gemischten Ausschuss. Aber damit uns diese Macht etwas bringt: Würde das nicht voraussetzen, dass im Schiedsgericht Schweizer sitzen, die auch die Schweizer Interessen verteidigen? Ja, genau, es könnte zum Beispiel darum gehen, dass das Parlament oder das Volk etwas entschieden hat, was der EU nicht gefällt. Dann würde dieses Schiedsgericht, das aus drei oder fünf Personen besteht, sehr viel Macht haben, vergleichbar oder fast noch mehr als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Theoretisch besteht ein Schiedsgericht aus unabhängigen Richterinnen und Richtern, die neutral nur auf der Grundlage des Rechts entscheiden, deshalb ist gar nicht vorgesehen, dass sie die Interessen der Schweiz oder der

Haarsträubendes aus Bundesbern

mw. Nach drei Sitzungen zur Neutralitätsinitiative liefert die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) nichts Gescheiteres als eine undurchsichtige Medienmitteilung: Man habe «ausführlich über die Neutralität diskutiert und sich dabei intensiv mit der Volksinitiative und der Zweckmässigkeit eines direkten Gegenentwurfs befasst». Inhaltsleerer geht's nicht! Statt einen Beschluss zu fassen und damit das Geschäft dem Nationalrat zu übergeben, lanciert die Kommission absurderweise eine Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf des Ständerates. Das bedeutet einen Riesenzirkus mit einer aufwendigen Befragung

EU oder von sonst jemandem verteidigen. Aber das ist natürlich eine vermutlich etwas naive Vorstellung, wie wir auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sehen. Dort ist das Nominationsverfahren extrem intransparent, wir wissen nie, wer hat sich beworben, wer kommt auf die Dreierliste, über die letzten Endes das EJPD oder das EDA entscheiden, bevor der Bundesrat sie an die Parlamentarische Versammlung des Europarates schickt. Das könnte man beim Schiedsgericht auf jeden Fall besser machen. Deshalb würde ich anregen, genau hinzusehen, wie man die Schweizer Schiedsrichter auswählt. Sie sollten innerstaatlich möglichst stark legitimiert sein, beispielsweise wie die Bundesrichterinnen und Bundesrichter vom Parlament gewählt werden und damit über Legitimation verfügen.

Wird nicht der Gemischte Ausschuss die Kandidatenliste aufstellen? Grundsätzlich nominieren die EU und die Schweiz die Personen. Der Gemischte Ausschuss muss die Liste dann nur akzeptieren.

Sanktionen gegen das eigene Land abnicken?

Ein Haupttrumpf der EU-Befürworter ist, dass das Schiedsgericht darüber entscheiden dürfe, ob die Ausgleichsmassnahmen der EU gegen die Schweiz angemessen seien. Wenn sie wirklich die Interessen der Schweiz vertreten, müssten sie doch gegen jegliche Strafmassnahmen votieren, besonders wenn deren Anlass ein Volksentscheid ist! Wenn ein Fall vor das Schiedsgericht kommt, wird es nur noch darum gehen, dass ein Volksentscheid gegen das EU-Recht verstösst. Die Schweiz müsste es übernehmen, übernimmt es aber nicht, die Verletzung steht fest, und dann geht es nur noch darum zu beurteilen, ob die Ausgleichsmassnahmen angemessen sind. Stehen sie in irgendeinem Zusammenhang, sind sie von ihrer Höhe her vielleicht verhältnismässig und so weiter? Da würde ich sagen, dass es möglich ist, dass eine Person, die das unabhängig anschaut, schon auch vor dem Hintergrund der Schweizer Interessen zu einem Ausgleich kommen kann. Aber natürlich, das Grundproblem bleibt: Die Schweiz muss das Recht dynamisch übernehmen, und wenn sie es nicht tut, muss sie irgendwelche Ausgleiche liefern. Und was dann für eine Praxis entwickelt würde, ob die eher gemässigt ist gegenüber der Schweiz oder eher krass, das wissen wir nicht.

Ihre Argumente und die Stellungnahmen anderer Persönlichkeiten zum Souveränitätsverlust der Schweiz durch die Rechtsübernahme haben mich und sicher auch viele andere Leser weiter bestärkt in unserer kritischen Haltung. Vielen Dank. Mein Ziel ist vor allem, auch diejenigen, die noch unentschlossen sind, zum Nachdenken zu bewegen und auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufzurütteln und ihnen zu sagen: Achtung, ihr müsst auch an eure Kompetenzen denken.

Besten Dank für das Gespräch, Herr Professor Glaser.

¹ *Decision Shaping*: Bei der Erarbeitung neuer Rechtsakte durch die Europäische Kommission werden Schweizer Sachverständige beigezogen (ebenso wie Sachverständige der EU-Mitgliedsstaaten). Erläuternder Bericht des Bundesrates, S. 72f.

von Kantonen, Parteien, Verbänden und so weiter. Es geht um eine Volksinitiative, meine Herrschaften – alle diese Leute können dann in der Volksabstimmung ihre Stimme einbringen, ob sie die Initiative oder/und einen allfälligen Gegenentwurf befürworten oder nicht. In Wirklichkeit geht es den Nato- und EU-Turbos in der APK natürlich nur darum, den Parlamentsentscheid zur Initiative hinauszuschieben. Drei Monate dauert die Vernehmlassung in der Regel mindestens – plus die anschließende Auswertung der Antworten. Jedenfalls ist das Traktandum vom Programm des Nationalrats in der Herbstsession gestrichen. •

Kundgebung vor dem Bundeshaus in Bern

«Amtseid-Missachter im Bundeshaus»

von Peter K pfer

Knapp vor Ende der Sommerferien ereignete sich vor dem Berner Bundeshaus, Sitz der Schweizer Regierung und des Parlaments, eine bemerkenswerte Kundgebung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. Trotz der an diesem Samstag (9. August 2025) herrschenden Hitze auf dem Bundesplatz, trotz des gehorsamen Verschweigens des Anlasses durch die Phalanx der Schweizer Mainstream-Medien brachten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger ihr Hauptanliegen klar und entschieden zum Ausdruck: Sie fühlen sich in ihren demokratischen Grundrechten von gewissen Parteien, ihrem Parlament und dem Bundesrat zunehmend verraten und verkauft. Deshalb versammelten sie sich zu den Schwerpunkten «111 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges – was haben wir daraus gelernt?» und «Amtseid-Missachter im Bundeshaus». Trotz dieses nicht aus der Luft gegriffenen Vorwurfs war die Kundgebung gelassen, manchmal nachdenklich-heiter, teilweise sogar künstlerisch verspielt. Ihr Grundtenor war allerdings ernst und fadengerade: Die Schweiz muss und soll den Kern ihrer durch Pressure groups aufgeweichten Neutralität wieder einfordern – gerade in diesen kriegsvernebelten Zeiten, wo wieder Volksverhetzer das grosse Wort führen. Nicht von ungefähr erwähnte *Thomas B rlin*, Präsident des «Verfassungsb ndnisses» und verantwortlicher Organisator, bei seiner Eröffnung, dass ihn die heute herrschende Stimmung an diejenige der kriegführenden Grossmächte bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs erinnere.

Gleich zu Beginn weckte ein eindrücklich kompakter Zug von Trychlern¹ das gemächlich in den Sonntag hin berflanierende Bern auf. In ihrem gemessenen rhythmischen Schritt legten sie die Strecke zwischen M nznrain und Bundesplatz zurück, teilweise in traditionellem weissen «Sennechutteli»², links und rechts je eine dieser schweren Treicheln geschultert und im Marschtakt schwenkend. Bei diesem rhythmischen Geschmetter bebten nicht nur die Scheiben der Geschäfte unter den Arkaden, sondern sichtlich auch die Herzen der sich versammelnden Manifestanten. Mitgetragene Transparente und Aufschriften machten klar, wohin ihr Aufmarsch vors Bundeshaus zielte: «Für Frieden statt für Krieg» war die Hauptlosung in vielen Varianten. Diese prinzipielle Friedensmahnung wurde eindrücklich versinnbildlicht auf dem mitgetragenen grossen Transparent, das den politischen Einsiedler und Ratgeber *Bruder Klaus* abbildete sowie seinen berühmten Rat an die zu seiner Zeit noch junge Schweizer Eidgenossenschaft: «Mischet euch nicht in fremde Händel!». Damit war schon damals, im 15. Jahrhundert, nicht gemeint, sich feige bedeckt zu halten, sondern durch Verzicht an den Anschluss an mächtige «Freunde» die eigene drohende Spaltung zu vermeiden.

Für einmal wieder: politisches Cabaret mit treffendem Inhalt

Wir alle sind Zeugen davon, wie die Politik der Anbiederung an aggressiv ihre Interessen durchsetzende M chte die Bürgerschaft mit unseriösen Schreckbildern unter kriegेरische Dauer-Propaganda setzt. Sie wird dabei unterstützt von «Leitmedien» wie dem Schweizer Radio, Fernsehen und «Qualitätsmedien» wie der «Neuen Zürcher Zeitung». Eine unerwartet einfache Lösung gegen diese Walze empfahl an der Kundgebung ein moderner Nachfahre der *Berner Troubadours*. Beherzt auf dem Podium stehend, sang er zu einer bekannten Melodie von *Mani Matter* ins Mikrophon: «Gottseidank h t’s no nen Abschtelchnopf am Radio» («Gottseidank hat jedes Radiogerät auch seinen Ausstellknopf!«).

In prägnanten Aufrufen forderten verschiedene Redner ein aufmerksames Publikum dazu auf, von ihrem Recht auf Widerstand gegenüber der Anbiederungslinie an Machtbl cke Gebrauch zu machen. So zum Beispiel *Alec Gagneux*, der als perfekter Sprecher und Schauspieler in zwei kurzen Cabaret-Nummern darauf hinwies, dass *Philipp Hildebrand*, einst Nr. 1 in der *Schweizerischen Nationalbank* (Hildebrand musste die Schweizer Notenbank 2012 wegen privaten Missbrauchs seines Insiderwissens verlassen), nun zur

«Frieden statt Krieg. Das ist der Sinn der Neutralität»

Rede von Prof. Dr. Wolf Linder auf dem Bundesplatz am 9. August 2025 (Ausschnitt)

«Die Neutralitätsinitiative verpflichtet die Schweiz dazu, Konflikte zu verhindern und zwischen Kriegsparteien zu vermitteln. Das setzt voraus, dass beide Kriegsparteien Vertrauen in den Vermittler haben. Der muss deshalb fähig sein, die Standpunkte beider Kriegsparteien zu verstehen, ohne sie zu übernehmen. Solche Friedensvermittlungen sind nicht einfach, und sie scheitern oft. Doch die Schweiz hat sich in der Vergangenheit oft darum bemüht.

Die Liste ihrer Friedensvermittlungs-Tätigkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg ist lang. Die wichtigsten:

- die Friedenskonferenz von Evian, die das Ende des blutigen Kolonialkriegs zwischen Algerien und Frankreich einläutete;
- die Aufrechterhaltung der Beziehung zwischen Iran und den USA sowie zwischen Kuba und den USA;
- die Vermittlungstätigkeit im Tschetschenien- sowie Georgien-Krieg mit Russland; sie stützte sich im Falle von Georgien auf ein

von Schweizer Diplomaten ausgearbeitetes Schluss-Dokument;

- der Einsatz in der OSZE, der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Dort hat sich die Schweiz d f r eingesetzt, die Beziehungen zwischen west- und osteuropäischen Ländern zu entspannen.
- Trotzdem: Wir dürfen den Friedensbeitrag der Schweiz weder überschätzen noch lächerlich machen, wie es einige Verächter der Neutralität heute tun.»

Ausschnitt aus der Rede von Prof. Wolf Linder (em. Professor an der Universität Bern für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern; eh. Mitglied des Grossen Rates des Kantons Thurgau (SP-Fraktion), eh. Richter am Thurgauischen Obergericht, Verfasser des Lehrbuchs «Schweizerische Demokratie», 1999)

Eine etwas ausführlichere Rede von Prof. Linder zum Thema ist abrufbar unter «Neutralität sichern – eine parteiübergreifende Aufgabe» unter www.neutralitaet-ja.ch.

«Als neutraler Staat kann die Schweiz Friedensgespr che ermöglichen, wie sie es oft getan hat, als sie sich an internationale Normen hielt und sich noch nicht an völkerrechtswidrigen Sanktionen beteiligte. Amtseid-Missachter im Bundeshaus, die für ausländische Schauspieler klatschen, zerstören die Rolle der Schweiz als neutraler Staat.» (Fritz Jordi)

Nummer 2 im deutschen Ableger des internationalen Finanz- und Investment-Konsortiums *BlackRock* geworden ist, das mit Jahresabschlüssen im zw lfstelligen Nullenbereich aufwarte, wie Gagneux sagte. Daran schloss er den Appell an, wer das weiter so wolle, dass nämlich die globalisierte westliche Finanzelite ihre Leute an Schlüsselstellen der politischen Entscheidungsträger platziere, solle sich nur weiter brav für den Anschluss der Schweiz an Nato und EU stark machen. Im zweiten Rollenspiel trat er dann aber als der kritische deutsche Liedermacher *Reinhard Mey* auf, der sich gegen unaufrichtige Rezepte wendete, mit denen bestimmte Politiker das Volk für sich gewinnen wollten. «Sie nennen es das Volk, aber meinen Untertanen!» Dazu schwenkten Manifestanten ihre Plakate mit der Aufschrift: «Krieg? – unsere Kinder kriegt ihr nicht!«

Die schweizerische direkte Demokratie ist nicht verhandelbar

Thomas B rlin erklärte, er habe verschiedene National- und Ständeräte «hier drinnen» (im Bundeshaus) schriftlich um ihre Stellungnahme gebeten zur systematisch wirkenden Aushöhlung der Souveränität der Bürger, auch in der Schweiz. Keiner habe geantwortet. Eine klare Antwort habe er allerdings von der strategischen Verantwortlichen der Jungen SVP Schweiz bekommen, Frau *Sarah Regez*, die denn auch die Rednertribüne für eine engagierte Stellungnahme bestieg. Sie fasste sie so zusammen: Sie habe betont, dass diese Kundgebung sich d f r einsetzt, dass in der Schweiz weiterhin der Souverän, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, entscheiden können, was in unserem Land geschieht und was nicht. «Wir sind nicht einverstanden mit jenen, die sagen, wir sollten uns der Nato, der EU, der WHO und anderen undemokratischen Machtgremien anschliessen. Da bleibt die Volkssouveränität auf der Strecke.» Sarah Regez setzt sich d f r ein, dass die Volkssouveränität in der Schweiz aufrechterhalten wird, dass unsere Leute in den Parlamenten entscheiden, was hier in der Schweiz rechtens ist, dass in der Schweiz weiter die Stimme der Kantone und der Stimmbürger den Ausschlag für markante internationale Abkommen gibt. Alles andere führt zum Verlust unserer Unabhängigkeit.

Nur die konsequent gehandhabte Schweizer Neutralität garantiert Unabhängigkeit

Neben anderen Beiträgen durchleuchteten zwei Referenten die Thematik umfassend, und erst noch kurz und prägnant.

Der langjährige Inhaber des Berner Lehrstuhls für internationales Recht und politische Wissenschaften, Prof. Dr. em. *Wolf Linder* (SP), referierte auf dem Podium zum Thema «Die Neutralitätsinitiative – entscheidend für die Zukunft der Schweiz». Er rief zu Beginn seines Aufrufs zur Sachlichkeit in der öffentlichen Debatte auf. Hitze und rein emotionale Stellungnahmen erinnerten ihn an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Damals war die Schweiz weit davon entfernt, ein geeintes Land zu sein. Die Deutschschweizer sympathisierten mit dem deutschen Kaiserreich *Wilhelms II.* Das Herz der französischsprachigen Schweiz habe dagegen für die Französischen Republik geschlagen. Die Einheit sei dann dem Schweizer Schriftsteller *Carl Spitteler* zu verdanken gewesen, als er dazu aufrief, die Emotionen beiseite zu lassen. Die Schweiz müsse geeint auftreten, eine gespaltene Schweiz könne leicht in den Krieg hineingezogen werden. Spitteler rief deshalb dazu auf, «den eigenen, unabhängigen und neutralen Standpunkt zu bewahren». In klaren Worten definierte Linder den Begriff Neutralität. Sie ist vor allem etwas nicht, sie ist nicht eine Frage der persönlichen Gesinnung. Die darf jeder Schweizer haben und behalten. Die Neutralität der Schweiz hat aber nichts mit Solidarität zu tun. Neutralität im Sinne eines staatspolitischen und international anerkannten Prinzips ist für den Staatsrechtler «der Verzicht auf Krieg und der Verzicht auf eine Parteinahme für eine Kriegspartei». Als Staat, nicht als Privatperson.

Sanktionen ohne Uno-Mandat sind eine Form von Wirtschaftskrieg

Von daher ist nur logisch, dass Linder die Anpassung der Schweiz an die Sanktionen gegen Russland als eine der Schweizer Neutralität entgegengesetzte eigenmächtige Handlung des Bundesrates einschätzt. Sie ist eine Massnahme des Wirtschaftskrieges, der immer verheerende Folgen hat, vor allem für die Zivilbevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder. Damit hat sich, wie Linder betont, die Schweiz auf die Seite einer kriegführenden Partei (der USA und der EU) geschlagen, was eine Verletzung ihrer Neutralität bedeutet. Dass die Schweiz Sanktionen der USA und der EU kritiklos und insgesamt übernommen habe, hat für Linder berechtigtes Misstrauen in der ganzen Welt gesät. Sowohl *Putin* als auch *Biden* haben das ähnlich quittiert: Nun ist die Schweiz kein neutrales Land mehr. Die Konferenz auf dem Bürgenstock sei deshalb ein trauriges Schauspiel gewesen, sicher keine Friedenskonferenz. Sie huldigte *Selen-*

ski und schloss *Putin* aus. Der Preis der Schweiz d f r sei das verlorene internationale Vertrauen als Friedensvermittlerin, gerade auch in Asien, Afrika und Südamerika. Das ist die Mehrheit der Weltbevölkerung, und diese Mehrheit verlangt zu Recht ihre Mitsprache. Nur mit einer konsequenten, als Prinzip gehandhabten verlässlichen Neutralität kann die Schweiz das mutwillig verspielte Vertrauen bei der internationalen Vermittlung für Frieden wiederherstellen (siehe Kasten). Deshalb unterstützt Prof. Wolf Linder, seinerzeit Mitglied der SP-Fraktion im Thurgauer Parlament, die Neutralitätsinitiative. Schon das allein zeige, betonte Linder, wie verdreht die Vorwürfe sind, der Stimmbürger habe es mit einer «Blocher»-Initiative zu tun. Für Linder ist das Engagement d f r eine dringliche, aber überparteiliche Angelegenheit.

Den eidgenössischen Treueschwur aufweichen? Zugunsten von wem?

Fritz Jordi (*Vizepräsident Verfassungsb ndnis*) legte verwandte grundlegende Sachverhalte dar. Jordi gab seinen Ausführungen den Titel «Frieden als Fundament der Menschlichkeit». Wie er ausführte, ist der Geist unserer freiheitlichen Verfassung in der Präambel der Schweizerischen Bundesverfassung unmissverständlich klar definiert. Sie nennt das ethische Gebot, dem alle Schweizer, insbesondere die Behörden, unterstellt sind. Dort steht, dass der Bund der Schweiz aus dem Bestreben erfolgt ist, für Freiheit und Demokratie, für Unabhängigkeit und Frieden einzustehen, in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt. Für den Kleinstaat Schweiz ist gerade ihre Neutralität (gegenüber kriegेरischen M chten) der bewährte und erfolgversprechende Weg zum Wirken für den Frieden.

Weiter betont Jordi, dass Artikel 5 unserer Bundesverfassung die Schweiz dazu verpflichtet, das Völkerrecht zu achten, wie es in den internationalen Verträgen und insbesondere in der *Charta der Vereinten Nationen* und den *Genfer Konventionen* verankert ist. Es war gerade die neutrale Schweiz, die damals das Humanitäre Völkerrecht (Schutz der Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung, wie es die *Genfer Konventionen* von allen Kriegführenden fordern) massgeblich mitgestaltet hat. «Als neutraler Staat kann die Schweiz Friedensgespr che ermöglichen, wie sie es oft getan hat, als sie sich an internationale Normen hielt und sich noch nicht an völkerrechtswidrigen Sanktionen beteiligte. Amtseid-Missachter im Bundeshaus, die für ausländische Schauspieler klatschen, zerstören die Rolle der Schweiz als neutraler Staat. Das Völkerrecht verbietet kategorisch jede Sanktion, wenn sie nicht von der Uno veranlasst worden ist. Damit verletzt die Schweiz seit Jahren internationales Recht.» Fritz Jordi schliesst seine Mahnung mit folgenden Sätzen, die gut eidgenössisch trotz allem noch eine versöhnliche Hand ausstrecken: «Die Untreue im Bundeshaus gegenüber dem Amtseid und damit gegenüber dem Menschen und den Traditionen der Schweiz schafft Verunsicherung. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, eine Welt zu schaffen, in der menschliche Tugenden zählen und Angstpropaganda und verfassungswidriges Verhalten der Behörden – sei es aus Unachtsamkeit oder Ignoranz – nicht geduldet werden.»

Ein fair und auf Argumente ausgerichteter Abstimmungskampf um die Neutralitätsinitiative ist gerade dazu eine wohl nicht so schnell wiederkehrende Gelegenheit.

Aus Zeitgründen konnte Jordi nur Teile seiner Intervention vortragen. Seine vollständige Rede ist auf der Homepage des «Verfassungsb ndnisses» (<https://verfassungsbuendis.ch>) verfügbar.

¹ Trycheln (swdt.) oder Treicheln (dt.): schwere länglich geformte Kuhglocken. Treichlerz ge gehören in der Schweiz zur lebendigen Volkstradition, ihr rhythmischer Klang sollte ursprünglich b se Geister vertreiben.

² Solide gewobene Schutzhemden mit Kapuze, traditionelle Arbeitsbekleidung der Bergbauern und Sennen bei ihrer beschwerlichen Heu-Gewinnung an Steilhängen.

Geben wir grünes Licht für die nächsten 700 Volksabstimmungen!

Zur Bedeutung der direkten Demokratie in der Schweiz

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

700 ist keine magische Zahl. Wir finden sie heute in staatspolitischen und historischen Schriften. Seit der Gründung des Bundesstaates 1848 haben die Stimmberechtigten der modernen Schweiz an der Urne zu 700 Bundesbeschlüssen Stellung nehmen können – sei es zur Bundesverfassung als Ganzes, zu neuen oder geänderten Verfassungsartikeln, zu neuen oder geänderten Gesetzen und manchem mehr – wie zum Beispiel zur Neubildung des Kantons Jura oder zum Kauf von Kampfflugzeugen. Was man nicht vergessen darf: Zur politischen Kultur der Schweiz gehören auch Zehntausende von Volksentscheiden auf der Ebene der Kantone und der Gemeinden.

Die beiden für unser Land wichtigsten Abstimmungen werden in naher Zukunft folgen. Der Rahmenvertrag mit der EU soll die Schweiz institutionell stärker in die EU einbinden, und er würde die direkte Demokratie ganz wesentlich einschränken. Vermutlich 2026 wird über die «Neutralitätsinitiative» abgestimmt, die die traditionelle Neutralität der Schweiz erneuern und stärken will.

Die NZZ-Journalisten Peter A. Fischer und Thomas Fuster interviewten vor einigen Tagen Wirtschaftsprofessor Ernst Baltensberger, den «Doyen der Schweizerischen Geldpolitik», wie ihn die beiden Journalisten bezeichneten. Es ging um Fragen der aktuellen Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank und um die vorliegenden Verträge mit der EU. (Fischer, Peter A.; Fuster, Thomas. «Der Doyen der Schweizer Geldpolitik hinterfragt die SNB: ›Ich wäre mit der Zinssenkung etwas zurückhaltender gewesen‹». In: «Neue Zürcher Zeitung» vom 25.7.2025) Ernst Baltensberger hat ein eindrückliches Buch geschrieben mit dem Titel «Der Schweizer Franken – eine Erfolgsgeschichte». Thomas Jordan, der langjährige Präsident der SNB, hat bei ihm doktriert.

Baltensberger lehnt die EU-Verträge ab, weil sie die direkte Demokratie einschränken: «... nicht, weil ich grundsätzlich gegen vertragliche Bindungen mit der EU bin. Monetäre Unabhängigkeit schliesst selbstverständlich Vereinbarungen im Handelsbereich keineswegs aus. Meine Vorbehalte sind staatspolitischer Natur. Der präferierte Zugang zum Binnenmarkt ist zweifellos etwas wert. Aber nicht so viel, wie oft behauptet wird. Es ist ja nicht so, dass wir ohne diese Verträge überhaupt nicht mehr in die EU exportieren können – auch wenn das manchmal so dargestellt wird.» Frage der Journalisten: Was sind Ihre Vorbehalte? Baltensberger: «Für mich ist der poli-

tische Preis der EU-Verträge zu hoch. Die Verträge tangieren die direkte Demokratie der Schweiz. Das Referendumsrecht wäre noch da, aber materiell stark eingeschränkt, weil wir nicht mehr in derselben Freiheit abstimmen können.»

Volksentscheide im geschichtlichen Kontext

Baltensbergers Aussage zu den geplanten EU-Verträgen erstaunt nicht. Sie stellt uns vielmehr die Frage, ob wir uns der Bedeutung der direkten Demokratie für unser Staatswesen und für unseren Wohlstand bewusst sind. Eindrücklich ist nicht nur die einzelne Abstimmung oder die Zahl von 700 Volksentscheiden in ihrer Gesamtheit. Die eigentliche Bedeutung zeigt sich oft erst im geschichtlichen Kontext. Das will ich im folgenden zeigen.

Ich wähle aus der langen Geschichte der direkten Demokratie einige wenige Beispiele auf Bundesebene aus – vor allem Volksentscheide aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, die heute weniger bekannt sind. (Auch Volksabstimmungen aus neuerer Zeit könnten die Bedeutung der direkten Demokratie im geschichtlichen Verlauf zeigen – zum Beispiel die zahlreichen Abstimmungen zur Landwirtschaftspolitik, zur Zuwanderung oder zu den Bundessteuern.)

Die Gründung der Schweizerischen Nationalbank als Abbild des Föderalismus

Bundesrat und Parlament wollten 1897 eine Bundesbank einrichten – eine staatliche Einrichtung wie die kurz zuvor gegründeten Schweizerischen Bundesbahnen. Das Volk sagte nein – und die Nationalbank wurde 1905, ohne dass das Referendum ergriffen wurde, als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft gegründet, an der die Kantone die Mehrheit haben und der Bund gar nicht beteiligt ist. Bürger können für wenig Geld eine Aktie erwerben und an der Generalversammlung teilnehmen. Die SNB ist ein Abbild des Föderalismus und der Bürgernähe. Sie ist in ihrer Art einzigartig. Der Schweizerfranken genieusst, wie Baltensberger in seinem Buch schreibt, Vertrauen wie kaum eine andere Währung. Es kam noch oft zu Abstimmungen auch im Bereich des Geldwesens – zum Beispiel zu «Bretton Woods» und zu den Goldreserven. (Wüthrich 2020, S. 262–293)

Direkte Demokratie taugt nicht zum Klassenkampf

Aktuell verlangen die Jungsozialisten mit einer Volksinitiative für Erbschaften eine Bundessteuer von 50 Prozent von einem Betrag, der 50 Millionen Franken übersteigt, um die Klimapolitik «fair» zu finanzieren. Am 30. November stimmen wir darüber ab. – Wussten Sie, dass die Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Volksinitiative verlangten, dass vor allem die Reichen für die Kriegsschulden aufkommen sollten? Konkret hätten Bürger mit einem Vermögen von mehr als 3 Millionen Franken einmalig 60 Prozent davon abgeben müssen. Damals war die Schweiz noch nicht so reich wie heute. Lediglich 6 Promille der Bürger wären von dieser Steuer betroffen gewesen. Es kam zur Volksabstimmung der Rekorde: 86 Prozent der Stimmberechtigten gingen zur Urne. 87 Prozent der Stimmentenden und alle Kantone lehnten die Volksinitiative ab. Damals wie heute wussten die Stimmbürger, dass ein Grossteil dieser Vermögen in den KMU stecken, die unsere Wirtschaft erhalten. Die Sozialdemokraten hatten damals einen Wähleranteil von 30 Prozent. – Es sollten bis heute noch etliche Volksinitiativen eingereicht werden, die auf diese oder eine andere Art die «Superreichen» noch massiver besteuern wollten. Sie wurden alle abgelehnt. (Wüthrich 2020, S. 238)

Direkte Demokratie ebnet den Weg zum gesellschaftlichen Frieden

Im Herbst 1918 kam es angesichts der Not und der schlechten Versorgungslage nach dem Ersten Weltkrieg auch in der Schweiz zum Generalstreik. Die Welt war in Aufruhr in vielen Ländern. Der Bundesrat bot die Armee auf. 250 000 Streikende standen an 117 Orten der Schweiz etwa 90 000



ISBN 978-3-909234-24-0

Soldaten gegenüber. Die Situation war höchst gefährlich. Es gab Tote. Im Hintergrund wütete die Spanische Grippe. Dem Bundesrat gelang es, die Streikleitung zum Einlenken zu bewegen, indem er versprach, sich dafür einzusetzen, dass über die wichtigsten Punkte in ihrem Forderungskatalog abgestimmt würde, was auch geschah. Dazu gehörten 1918: ja zur Proporzwahl des Parlaments und ja zur sofortigen Neuwahl des Nationalrates nach dem neuen Prinzip, 1920 und 1924: zweimal ja zur 48-Stunden-Woche in privaten und öffentlichen Betrieben. Dazu kamen vier Abstimmungen zur besseren Sicherung der Ernährung. (Wüthrich 2020, S. 190)

1925 sagte das Volk ja zum wichtigen Verfassungsartikel der heutigen AHV. Wegen den schwierigen Zeiten sollte es allerdings noch lange dauern, bis das Ausführungsgesetz in Kraft trat. 1931 lehnte das Volk während der Wirtschaftskrise einen ersten Gesetzesvorschlag zur AHV ab. Im Zweiten Weltkrieg machte der Kaufmännische Verband den Vorschlag, dass die künftige AHV wie bei der Lohn- und Erwerbsersatzordnung der Soldaten mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen und mit Bundesgeldern finanziert werden sollte. Der Verband reichte eine Volksinitiative ein. Bundesrat Stämpfli nahm den Ball auf und versprach, die AHV werde am 1. Januar 1948 in Kraft treten. Er sollte sein Wort halten. Das Parlament zog mit, und der Verband zog die Volksinitiative zurück. Andere Kreise ergriffen trotzdem das Referendum gegen das neue AHV-Gesetz. Aber das Volk stimmte am 7.6.1947 mit 80 Prozent Ja-Stimmen dem Gesetz zu, das wir heute haben. Bis heute sollten noch viele Abstimmungen zur Ausgestaltung und Finanzierung der AHV folgen. Die AHV wurde zur tragenden Säule im Sozialstaat Schweiz. Vor kurzem verlangte eine Volksinitiative eine 13. AHV-Rente. Wir Rentner werden sie nächstes Jahr erhalten. (Wüthrich 2020, S. 102–106, 188–190)

Direkte Demokratie entschärft soziale Spannungen und stärkt den Zusammenhalt in der freiheitlichen Marktwirtschaft

In der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre beschlossen der Bundesrat und das Parlament, die Löhne des Bundespersonals um 7,5 Prozent herabzusetzen, weil nicht nur die Steuererträge, sondern auch die Preise in der Wirtschaftskrise allgemein gesunken seien. Zollmauern behinderten die Wirtschaft massiv. Die USA verlangten zum Beispiel für Schweizer Uhren einen Zoll von 60 Prozent. Der Stadtpräsident von Biel, dem Zentrum der Uhrenindustrie, rief zum Boykott von US-Produkten auf. Der Bundesrat beschrieb 1933 die Wirtschaftssituation wie folgt: «Innert vier Jahren ist die befriedigende wirtschaftliche und finanzielle Lage zerstört worden». Bundesrat und Parlament kürzten die Löhne für das Bundespersonal und für das Personal der Bundesbetriebe wie der SBB. Die Gewerkschaften sammelten innerhalb weniger Wochen mehr als 300 000 Unterschriften (30 000 waren damals für ein Referendum verlangt). Das Bundesgesetz mit den Lohnkürzungen wurde in der Abstimmung deutlich abgelehnt.

1935 kam die sogenannte «Kriseninitiative» zur Abstimmung, die die Sozialdemokraten und Gewerkschaften mit über 300 000 Unterschriften eingereicht hatten (50 000 brauchte es damals für eine Volksinitiative). Sie hätte dem Bundesrat weitgehende Kompetenzen gegeben, die Krise planerisch zu bekämpfen – mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, mit einer Arbeitslosenversicherung, mit Massnahmen zur Entlastung der Bauern und des Gewerbes ... Diese Massnahmen sollten über Schulden finanziert werden – wie es der britische Ökonom John Maynard Keynes empfahl. Die Wirtschaftsfreiheit wäre ganz wesentlich eingeschränkt und das Referendumsrecht für fünf Jahre aufgehoben worden.

Die Stimmbeteiligung war wiederum sehr hoch – 85 Prozent. Die Kriseninitiative wurde mit 57 Prozent Nein deutlich abgelehnt. Auch die meisten Kantone sagten nein. Die Abstimmung hat die angeheizte Stimmung beruhigt und einen starken Impuls gegeben, die freiheitliche Wirtschaftsverfassung von 1874 zu reformieren, was auch geschah.

Das Parlament in der Schweiz überarbeitete noch vor dem Krieg die Wirtschaftsverfassung – das heisst die Wirtschaftsartikel in der Bundesverfassung. Das Parlament hielt am Kern von 1874 fest: die Handels- und Gewerbefreiheit (heute Wirtschaftsfreiheit) soll weiterhin wegleitender Grundsatz für die Wirtschaftsordnung sein und individuelles Grundrecht bleiben. Die Volksvertreter schufen dazu einen robusten Ordnungsrahmen, der die schmerzlichen Erfahrungen der Wirtschaftskrise berücksichtigte und die Freiheit eingrenzte. So kann der Bund gesetzliche Vorschriften erlassen über den Schutz der Arbeitnehmer, zum Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber, zur beruflichen Ausbildung, über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. Der Bund kann zudem Massnahmen gegen schädliche Auswirkungen von Kartellen ergreifen und manches mehr. In wenigen Bereichen kann der Bund vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen: so im Bereich der Landwirtschaft oder zum Erhalt gefährdeter Wirtschaftszweige und Berufe. 1939 war das Werk der Parlamentarier fertig und bereit zur Abstimmung. Diese wurde auf nach dem Krieg verschoben.

Aufbruchstimmung

Trotz Krieg liess die Opposition nicht lange auf sich warten. Nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad 1943 wurde die Gefahr eines Angriffs auf die Schweiz nicht mehr als hoch eingeschätzt. Viele der anfänglich eingerückten 600 000 Soldaten kehrten an ihren Arbeitsplatz zurück, und die Bevölkerung begann, sich Gedanken zu machen über die Zukunft der Schweiz. Es entstand mehr und mehr eine eigentliche Aufbruchstimmung, obwohl der Krieg noch lange nicht zu Ende war. Die Sozialdemokraten stellten ihr Manifest «Die Neue Schweiz» vor und sammelten 150 000 Unterschriften für eine Volksinitiative, in der im Unterschied zur Vorlage des Parlaments die Wirtschaftsfreiheit fehlte: «Jeder Versuch, das Grundprinzip der ›freien Wirtschaft‹ beizubehalten und nur seine ›Schattenseiten‹ mildern zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt. Kein Herumdoktern mit gelegentlichen Interventionen kann da helfen». Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien sollten «vergemeinschaftet» werden, kleinere Betriebe sollten sich zu Genossenschaften zusammenschliessen (Rote Revue April 1943, vgl. Zeit-Fragen Nr. 25 vom 6.11.2018). Die Sozialdemokraten waren nicht allein. Auch drei andere Volksinitiativen wurden während oder kurz nach dem Krieg eingereicht. Der Landesring der Unabhängigen mit Gottlieb Duttweiler setzte sich im Gegensatz dazu mit einer Volksinitiative für noch mehr unternehmerische Freiheit ein – verbunden mit Ethik und Verantwortung. «Soziales Kapital» war ihr Kampfruf. Die Bürger sollen die soziale Ausgestaltung der Wirtschaftsfreiheit selbst an die Hand nehmen. Duttweiler hatte kurz zuvor seine Aktiengesellschaft Migros in eine Genossenschaft umgewandelt, indem er seinen treuen Kundinnen

Fortsetzung auf Seite 12

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

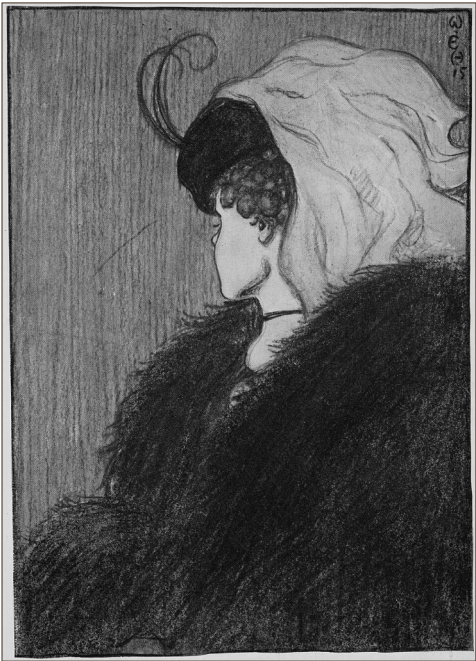
Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: PostFinance, BIC POFICHBEXXX
IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2025 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Ganz sicher nicht mit mir!» – Informiert bleiben in einer Zeit der Lügen

von Eliane Perret



«Meine Frau oder ihre Mutter». Zeichnung im Puck-Magazin 1915. (Bild Wikipedia)

Eine junge Frau mit einem Pelzmantel? Eine alte Frau, vielleicht auch eine Hexe? Unterschiedliche Einschätzungen zum selben Sachverhalt? Alles richtig, jedem seine eigene Wahrheit? Oder was trifft zu? Kinder reagieren in solchen Situationen spontan und sind sich oft auch sehr sicher, recht zu haben. Doch lassen sie sich dazu gewinnen, genauer hinzuschauen und das «andere Bild» zu suchen. «Aha, ich sehe es jetzt auch», freuen sie sich. Diese Spontaneität, sich auf eine andere Sicht eines Geschehens einzulassen, würde man heute vielen Erwachsenen wünschen. Besonders in der Beurteilung der Ursachen für aktuelle politische Krisenherde und Kriege. Ob mein Gegenüber überhaupt etwas anderes sehen oder hören will? Leider nicht immer, denn es kann durchaus schwerfallen, die ei-

gene Perspektive zu verlassen, eine Fehleinschätzung einzugestehen oder seine Meinung mit neuen Informationen abzugleichen.

Mit Propagandapresse ein Feindbild erzeugen

Ein sehr anschauliches Beispiel dafür sind die fehlenden Diskussionen zum Kriegsgeschehen in der Ukraine. Entschuldigend ist vielleicht anzumerken, dass es heute tatsächlich nicht so leicht ist, sich sorgfältig zu informieren. Die Berichterstattung unserer Mainstream-Medien ist dominiert von einer feindseligen Stimmung gegenüber Russland und speziell gegenüber seinem Präsidenten *Wladimir Wladimirowitsch Putin*. Es scheint so zu sein, dass es unsere Medienkonzerne als ihre Aufgabe sehen, die Interessen der westlichen Grossmächte zu vertreten und als Kriegspropagandanetzwerk zu fungieren. Man kann sogar von einer krankhaften Russophobie sprechen. Das ist kein Zufall, wie *Jacques Baud*¹ in einem Gespräch mit *Glenn Diesen* darlegt: «In den letzten Jahren, insbesondere seit 2022 – aber es begann auch schon vorher – wurden in Westeuropa eine Reihe von Strukturen eingerichtet, um Informationen über Russland zu steuern. Natürlich gab es das Nato-Kompetenzzentrum für Information mit Sitz in Estland. Aber es gibt auch andere Zentren, die dieses Spiel spielten, um Informationen, die aus Russland kommen und Informationen, die an die europäische Bevölkerung gerichtet waren, zu filtern. In Tat und Wahrheit ist es «Wahrnehmungsmanagement», es ist nichts anderes als das. Es ist keine Information mehr. Wenn man zum Beispiel die Medien liest, – ich beobachte vor allem die französischen und die Schweizer Medien – dann stammen die Informationen, die sie liefern, ausschliesslich aus diesen Institutionen. [...] Es gibt wirklich eine Desinformationsstruktur, die mit Grossbritannien, den USA, der Nato und der Ukrai-

ne aufgebaut wurde. [...] Daher kommen die Informationen, die der Presse zur Verfügung gestellt werden, ausschliesslich aus diesen Quellen. Es gibt keine anderen.»²

Gewünschte Wahrheiten erzeugen

Das ist also der Grund für unseren einförmigen, nur in Details unterschiedlichen Informations-teppich, mit dem wir täglich «versorgt» werden. Mittlerweile ist es zur Norm geworden, einer ahnungslosen Öffentlichkeit von Denkfabriken konzipierte Propaganda zu servieren. Wichtig sind nicht Fakten, sondern Stimmungen, die erzeugt werden sollen, die an den «Kalten Krieg» anknüpfen – eine Zeit, die im übrigen bei uns im Westen nie aufgearbeitet worden ist. Berichtet wird, was für das westliche Kriegs-bündnis von Vorteil ist. Einseitige und falsche Schuldzuweisungen sollen ohne Prüfung der Fakten hingenommen werden. «Putin ist schuld daran» ist die Botschaft. Fotos und Filme spielen dabei eine zunehmend wichtigere Rolle. Ausgewählte Kameraperspektiven – untermalt von stimmungsunterstützender Musik, Lichteffekten und Farben – geben mit ihrer Bildsprache eine bestimmte Botschaft weiter und erzeugen den Deutungsrahmen, in den ein Sachverhalt eingeordnet werden soll. Soll der «Hauptdarsteller» von vorne, unten oder oben gezeigt werden, mit einem freundlichen Lächeln, nachdenklich oder sogar mit einer aggressiv wirkenden Mimik? Damit wird eine Person als hinterhältiger und undurchsichtiger Machthaber dämonisiert oder aber als Sympathieträger ins Bild gesetzt. Gefälschte oder künstlich erzeugte Bilder erzeugen gewünschte «Wahrheiten», immer gleiche, abwertende oder lobende Beschreibungen und verbreiten zu-rechtgestutzte Informationen. Dabei wird die Geschichtsvergessenheit bzw. das Unwissen über geschichtliche Zusammenhänge genutzt. Eine Folge des Bildungsabbaus in unseren Ländern. Künstliche Intelligenz KI – besser

Simulierte Intelligenz SI – verarbeitet bereits vorhandene Daten in gewünschtem Sinne. Dadurch sind die Mittel für diese psychologische Operation zur Manipulation nochmals komplexer geworden. Das alles muss der Leser, Hörer oder Zuschauer aus seinen gewohnten Medienberichten in den Mainstreammedien – besser Manipulationsmedien? – wegfiltern. Medien, die vorgeben, objektiv zu sein ...

«Ganz sicher nicht mit mir!»

Es gibt jedoch viele kritische Zeitgenossen, die ahnen, dass ihr Blick bewusst getrübt werden soll, wenn sie sich mit unseren Tageszeitungen und Fernsehnachrichten über das Weltgeschehen informieren. Doch sind Resignation oder gar Gleichgültigkeit nicht am Platz, sondern: «Ganz sicher nicht mit mir!» Die australische Journalistin *Caitlin Johnstone* hat recht, wenn sie ihrem Buch mit dem Titel «Kleines Erste-Hilfe-Büchlein gegen Propaganda» den Untertitel verleiht: «Wie wir unseren Verstand in einer verrückten Welt bewahren können.»³ Zum Beispiel, indem wir uns mit faktenbasierten Medien eine eigene Meinung bilden – Sie lesen gerade in einem von ihnen. Ein Perspektivwechsel ist möglich und öffnet nicht nur unseren Blick für Manipulationen, sondern auch unseren Handlungsspielraum. Dann bleiben die Hexe oder die junge Frau im Bild nicht die jeweils einzigen Interpretationsmöglichkeiten. •

¹ *Jacques Baud* arbeitete als für den Ostblock und den Warschauer Pakt zuständiger Analyst für den Schweizer Strategischen Nachrichtendienst und entwickelte die Doktrin für die friedenserhaltenden Operationen der Uno in New York.

² <https://swisscows.com/de/video?query=Glenn+die-sen+Jacques+Baud>

³ *Johnstone, Caitlin. Kleines Erste-Hilfe-Büchlein gegen Propaganda. Wie wir unseren Verstand in einer verrückten Welt bewahren können.* Westend-Verlag 2023

LESER  BRIEFE

Neue EU-Verträge: Ein unnötiges Unterfangen

Für die vom Bundesrat vorgeschlagenen neuen Verträge Schweiz/EU besteht kein echter wirtschaftlicher Bedarf. Dies geht aus zwei lesenswerten NZZ-Interviews hervor, ein erstes vom 20. August 2025 mit *B. Zürcher*, dem ehemaligen Direktor für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft, und ein zweites vom 27. August 2025 mit Prof. *T. Straumann*, Universität Zürich. Straumann weist auch darauf hin, dass der mit den neuen Verträgen einhergehende schweizerische Souveränitätsverlust längerfristig eine schlechtere Wirtschaftspolitik unseres Landes bewirken würde, weil weniger dezentral, weniger pragmatisch und weniger demokratisch vorgegangen werden könnte. In beiden Interviews, die ordentlich in die Tiefe gehen, kommt zudem klar zum Ausdruck, dass eine Ablehnung des Vorschlags vermutlich zu Strafmassnahmen der EU gegenüber unserem Land führen würde.

Letzteres ist – gelinde gesagt – eine bedenkliche Feststellung mit Bezug auf den Vertragspartner EU; das ohnehin nicht plausible Vertragswerk gerät dadurch erst recht ins Abseits.

Fazit: In Kenntnis der negativen Expertenbeurteilungen dürfte die Zustimmung zu den neuen Verträgen beschränkt bleiben und insbesondere Etatisten oder durch Angstmacher-Propaganda eingeschüchterte Zeitgenossen sowie weitere Bedenkenträger umfassen. Demgegenüber ist zu hoffen, dass unsere in ihrer grossen Mehrheit freiheitlich orientierten Mitbürgerinnen und Mitbürger dem rundum ungenügenden Vertrags-Vorschlag eine Absage erteilen werden, damit die demokratisch gefestigte Schweiz weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

Hanspeter Bornhauser, Bedano TI

Kann die Schweiz Europa Frieden bringen?

Der französische Präsident *Emmanuel Macron* hat die Schweizer Stadt Genf als Ort für ein mögliches Treffen zwischen dem ukrainischen Präsidenten *Volodymyr Selenski* und dem russischen Präsidenten *Wladimir Putin* vorgeschlagen.

Allerdings ist es praktisch unmöglich, einen der Hauptvorteile der Neutralität zu nutzen – die Herstellung des Friedens durch die Organisation von Friedensverhandlungen. Neutrale Staaten als Orte für Friedensverhandlungen dürfen von den Konfliktparteien nicht als Gegner oder Bedrohung angesehen werden. Und wegen der Menschen, die Neutralität als mutlose Passivität betrachten, sind wir in diesem Konflikt nicht mehr neutral. Die Schweiz verschärft und erweitert die Sanktionen gegen

Russland, was eine Beteiligung am Konflikt bedeutet.

Neutralität wird ernst genommen, wenn die Regierung sich tatsächlich an die Neutralität hält und sie konsequent für friedensstiftende Massnahmen nutzt. Denn gerade in Zeiten schwerer politischer Vertrauenskrisen haben Kriegführende ein Interesse an Staaten, die ihnen Auswege aus gefährlichen Pattstellungen bieten.

Die Neutralität gehört zur Schweizer Identität. Wir haben eine besondere Verantwortung für den Frieden. Die ganze Welt erinnert sich noch daran, aber wir selbst sollten es nicht vergessen.

Dieter Jäger, Aargau

«Geben wir grünes Licht ...» Fortsetzung von Seite 11

einen Anteilschein von 30 Franken schenkte. Ein Prozent des Umsatzes sollte für soziale und kulturelle Zwecke eingesetzt werden. Das gilt bis heute. Die Jungbauern verlangten mit ihrer Initiative im Bereich der Landwirtschaft ein neues Bodenrecht, das den Boden mit der Arbeit verbindet. Die Freiwirtschaftsbewegung (die sich am Gedankengut von *Silvio Gesell* orientierte) verlangte mit ihrer Initiative eine neue Geld- und Wirtschaftsordnung.

Die vier Volksinitiativen wurden nach dem Krieg in der Abstimmung alle abgelehnt – und die neuen Wirtschaftsartikel des Parlaments wurden am gleichen Tag wie die AHV angenommen, beide traten am 1. Januar 1948 in Kraft. Sie sollten in den kommenden Jahrzehnten zu tragenden Säulen in der freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft der Schweiz werden und massgeblich zum Wohlstand beitragen. Manches aus den zahlreichen abgelehnten Volksinitiativen sollte später in die

Gesetzgebung einfließen (was wir auch heute immer wieder beobachten können). Das Zusammenspiel vom Volk mit seinen Behörden hatte in einer schwierigen Zeit ausgezeichnet funktioniert.

Fazit: Direkte Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte

Die neuere Schweizergeschichte ist wirklich spannend. Das Volk hat in den wenigen geschilderten Beispielen im Zusammenspiel mit den politischen Behörden den Verlauf der Geschichte massgeblich geprägt und die Politik lebendig gemacht. Die direkte Demokratie hat zwar die Politik verlangsamt – was aber meist nicht schädlich ist. Vielmehr stärkt sie das «Wir-Gefühl» und die Mitverantwortung und verhindert Gewalt. Die direkte Demokratie hält die vielschichtige Schweiz mit ihren drei Landesteilen und vier Sprachregionen zusammen. Selbst in schwierigen Zeiten, als die Spannungen gross waren und die politischen Ansichten weit auseinander gingen, hat sie eine Zusammengehörigkeit geschaffen

und die Schweiz stabilisiert. In meinen Augen haben die 700 Abstimmungen – allein auf Bundesebene – den Boden für die moderne Schweiz und den Wohlstand gelegt, den wir heute geniessen. «Brandmauern» hat es nie gegeben – höchstens ab und zu einen «Röstigraben» zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz. Wir sind uns heute viel zu wenig bewusst, wieviel wir der direkten Demokratie verdanken!

Nicht vergessen dürfen wir, dass die kleinsten, von unten gewachsenen föderalen Strukturen der heutigen Eidgenossenschaft nicht hätten entstehen können, wenn der Genossenschaftsgedanke nicht schon in der Alten Eidgenossenschaft – seit 1291 – auf verschiedene Weise gelegt und gepflegt worden wäre.

Geben wir grünes Licht für die nächsten 700 Abstimmungen – gerade in der heutigen Zeit, wo die Demokratien in vielen Ländern einen schweren Stand haben und mit Unruhen konfrontiert sind. Die Politiker suchen oft nach Ideen, wie man die Bürger stärker einbeziehen könnte. Für die Schweiz geht es

mehr darum, uns bewusst zu werden, was wir der direkten Demokratie verdanken, und dass wir allen Grund haben, diesen Schatz auf allen politischen Ebenen zu bewahren und zu pflegen.

Professor Baltensberger hat recht: Die direkte Demokratie ist ein wesentlicher Teil der politischen Kultur der Schweiz. Eine stärkere institutionelle Anbindung an die EU, die ganz anders tickt, wäre Sand im Getriebe. Sie passt nicht dazu und kann nur schaden.

Merkwürdig ist, dass Volksabstimmungen in der Geopolitik so wenig Gewicht haben. Liegen doch die Beweise für ihre friedensstiftende Wirkung längst auf dem Tisch. •

Zur Vertiefung:

Wüthrich, Werner. *Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz – Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz.* Verlag Zeit-Fragen, Zürich 2020; ISBN 978-3-909234-24-0
Linder, Wolf; Bolliger, Christian; Rielle, Christian. *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007.* Bern 2010

Studer, Thomas; Schaltegger, Christoph. *Die Finanzgeschichte der Schweiz,* Freiburg im Breisgau 2025